

**67. Sitzung**

**Mittwoch, den 13. Mai 2009**

**Mainz, Deutschhaus**

**AKTUELLE STUNDE**

**"Zukunft des Opel-Standortes Kaiserslautern"**  
**auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 15/3366 – ..... 4051

**"Chancen und Risiken der Standortsicherung des Opelwerks in Kaiserslautern"**  
**auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3370 – ..... 4051

**"Sicherung der Arbeitsplätze am Opelstandort Kaiserslautern"**  
**auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/3394 – ..... 4051

*Die drei Themen werden gemeinsam behandelt.*

*Es findet eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.*

**Wahl von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz**  
**Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags**

– Drucksache 15/3398 – ..... 4064

*Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof jeweils mit Wirkung vom 4. Juni 2009 einstimmig **Frau Stephanie Theis, Hahnheim**, zum ordentlichen nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz sowie **Frau Beate Läsch-Weber, Heidweiler**, zum stellvertretenden nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz. .... 4064*

**Regierungserklärung**

**"Für ein gutes Leben im Alter" ..... 4064**

**dazu: Dem Älterwerden aller Generationen gerecht werden**  
**Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –**

– Drucksache 15/3403 –

*Die Regierungserklärung wird von Frau Staatsministerin Malu Dreyer abgegeben.*

*Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3403 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. .... 4082*

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

**Entschuldigt fehlten:**

Die Abgeordneten Thomas Günther, Michael Hörter, Jutta Steinruck; die Staatssekretäre Dr. Karl-Heinz Klär, Christoph Habermann, Professor Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Dr. Rüdiger Messal, Dr. Siegfried Englert; der Ständige Vertreter des Bevollmächtigten Dr. Hans-Ulrich Bieler.

**Rednerverzeichnis:**

Abg. Baldauf, CDU: .....	4053, 4063
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	4074, 4078
Abg. Dröscher, SPD: .....	4072
Abg. Eymael, FDP:.....	4051
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:.....	4076
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:.....	4057
Abg. Frau Mohr, SPD: .....	4062
Abg. Frau Thelen, CDU: .....	4075
Abg. Hartloff, SPD: .....	4052, 4056
Abg. Kuhn, FDP:.....	4055
Abg. Mertin, FDP: .....	4061
Abg. Rüdgel, CDU: .....	4069
Beck, Ministerpräsident: .....	4058
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen: .....	4064, 4080
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	4054
Präsident Mertes:.....	4051, 4052, 4053, 4054, 4055, 4056, 4057, 4061, 4062, 4063
Vizepräsident Bauckhage:.....	4075, 4076, 4078, 4080, 4082
Vizepräsidentin Frau Klamm: .....	4069, 4071, 4074

**67. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am  
13. Mai 2009**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, seien Sie willkommen zur 67. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz!

Frau Anklam-Trapp und Frau Wopperer sind die schriftführenden Abgeordneten. Entschuldigt sind die Kollegen Frau Jutta Steinruck, Herr Thomas Günther und Herr Michael Hörter. Des Weiteren sind die Herren Staatssekretäre Dr. Klär, Habermann, Professor Dr. Hofmann-Göttig, Dr. Messal und Professor Dr. Englert ab 15:30 Uhr entschuldigt, und zwar unter anderem wegen der Vorbereitung der Bundesratssitzungen.

Inzwischen gab es einige Geburtstage. Frau Hildrun Sigrist hatte einen schönen Geburtstag, herzlichen Glückwunsch! Er ist aber schon vorbei, sodass wir heute keine Geschenke verteilen können. Herr Kollege Dr. Enders hat seinen 50. Geburtstag gefeiert. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Die Tagesordnung liegt Ihnen für die beiden Tage vor. Gibt es Hinweise oder Wünsche? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**AKTUELLE STUNDE****„Zukunft des Opel-Standortes Kaiserslautern“  
auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 15/3366 –

**„Chancen und Risiken der Standortsicherung  
des Opelwerks in Kaiserslautern“  
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3370 –

**„Sicherung der Arbeitsplätze am Opelstandort  
Kaiserslautern“  
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/3394 –

Die Fraktionen haben sich geeinigt, dass es eine Redezeit von jeweils drei Runden à fünf Minuten in Abänderung der Geschäftsordnung gibt. Auch da sehe ich keinen Widerspruch. Somit sind die Tagesordnung und der Verlauf festgelegt. Ich erteile Herrn Abgeordneten Eymael das Wort.

**Abg. Eymael, FDP:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist in Rheinland-Pfalz angekommen. Das gilt insbesondere auch für die

Pfalz. Probleme gibt es in der Chemischen Industrie. Die Probleme der Automobilindustrie sind bekannt. Probleme gibt es bei der Automobilzulieferindustrie, der Dienstleister und der Zulieferer insgesamt. Die BASF ist betroffen. Das Daimler-Werk in Wörth ist betroffen. Es sind auch viele mittelständische Betriebe betroffen, die derzeit Kurzarbeit machen und zum Teil schon Entlassungen vorgenommen haben.

Unser Ziel muss es sein, dass diese Industrien, die Chemische Industrie und die Automobilindustrie, nach der Krise wieder eine Zukunft haben, und zwar auch in der Pfalz und in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Auch die vielen mittelständischen Betriebe sollen die Krise überleben. Man muss sich um sie kümmern, sie stärken und fördern, wo immer das machbar und möglich ist.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, seit 1966 gibt es das Opel-Werk in Kaiserslautern. Die Region war stolz darauf, ein solches Werk in der Westpfalz beheimatet zu sehen. Ich glaube, dass das Opel-Werk ein Aushängeschild für die Automobilindustrie war und in Zukunft sein muss.

Wir hatten in den 60er- und 70er-Jahren dort über 5.000 Mitarbeiter. In der strukturschwachen Pfalz ist es von besonderer Bedeutung, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass ein solcher Betrieb eine Zukunft hat und wir uns nachdrücklich für den Erhalt des Standorts des Opel-Werks Kaiserslautern aussprechen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD und CDU)

Wir wollen, dass Opel in Kaiserslautern wieder eine Zukunft hat.

Die strukturschwache Westpfalz hat einiges durchgemacht, nämlich die Konversionsproblematik, den Abbau von Arbeitsplätzen in der Schuh- und Textilindustrie und teilweise im Maschinenbau. Es geht darum, Arbeitsplätze zu sichern und, wenn möglich, neue zu schaffen.

Ich kann es persönlich sagen, und Herr Minister a. D. Bauckhage kann es bestätigen, wir haben die Firma Opel über viele Jahre immer wieder unterstützt, wenn es darum ging, neue Wege einzuschlagen und dort innovative Firmen aufzubauen. Sie haben dann entsprechende Investitionsförderung bekommen. Das hat dem Werk gut getan, deswegen haben wir dort heute noch 3.500 Arbeitsplätze.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Es sind nicht nur die dortigen 3.500 Arbeitsplätze zu berücksichtigen, sondern noch einmal 3.000 Arbeitsplätze, wenn man die Zulieferer mit einbezieht.

Meine Damen und Herren, mit dem Ministerpräsidenten teile ich die Sorge um diesen Standort Kaiserslautern. Wir wollen dazu beitragen, die Menschen nicht weiter zu verunsichern. Ich glaube, sie sind zum Teil durch die vielen Diskussionen verunsichert, die stattgefunden haben. Es gibt klare Aufgabenzuteilungen, wer was zu betreuen hat. In erster Linie ist General Motors mit zuständig.

(Beifall bei der FDP)

Zuerst ist die Wirtschaft gefordert, eine eigene Lösung zu finden. Ich freue mich, dass es eine Reihe von Investoren gibt, die bereit sind, mit Opel gemeinsam zu arbeiten bzw. dort einzusteigen. Ich möchte diese Investoren wertfrei ansprechen und keine Diskriminierung aussprechen, sondern erst dann, wenn ein schlüssiges Gesamtkonzept zum Überleben in der Zukunft für dieses Opel-Werk vorliegt, muss entschieden werden. Meines Erachtens führen die anderen Diskussionen und Spekulationen zu weiteren Verunsicherungen an diesem Standort.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben es heute mit einem Standort mit hoch motivierten Mitarbeitern zu tun. Es sind rund 3.500 Mitarbeiter, im Motorenwerk sind es 1.100, 2.300 sind im Press- und Komponentenwerk und 450 im Antriebswellenzulieferer GKN. Das wollen wir auch erhalten.

Meine Damen und Herren, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt, dann müssen wir alles dazu beitragen, beispielsweise über Garantien und Bürgschaften, dieses Konzept und diesen Standort mit abzusichern.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Ministerpräsident, dann muss auch eine Investitionsförderung wieder möglich sein, wenn neue Wege beschränkt werden. Ich schließe mich ein bisschen der Zuversicht des Werksleiters in Kaiserslautern an, der sagt, das Werk hat im Grundsatz eine Zukunft, es ist derzeit gut ausgelastet.

(Glocke des Präsidenten)

Es ist bis zum Jahr 2013 aufgrund eines bestehenden Planes gut aufgestellt. Am besten wäre eine gesamt-europäische Lösung für Opel unter Einbindung und Erhalt des Standortes Kaiserslautern.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

#### **Präsident Mertes:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hartloff das Wort.

#### **Abg. Hartloff, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein gutes Zeichen, dass alle drei Fraktionen im Landtag die Bemühungen, den Opel-Standort in Kaiserslautern, Powertrain und GKN, zu erhalten, unterstützen. Es ist

gut, dass sie sich einig sind. Das verbindet sie. Das gilt sicherlich auch für den Standort Rüsselsheim mit den vielen Arbeitsplätzen für Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die auch dort bestehen, und für die Menschen aus Hessen.

(Beifall der SPD)

Das gilt für alle deutschen Standorte, wissend, dass es Überkapazitäten in der Automobilindustrie gibt und der Markt sich verändert. Das ist keine Frage.

In Zeiten einer weltwirtschaftlichen Krise ist in der Zeitung von heute zu lesen, dass GM voraussichtlich in 14 Tagen Insolvenz anmelden muss. Dadurch ist die Krisensituation bei Opel verschärft. Das kann man nicht beschönigen.

Herr Kollege Eymael hat es auch gesagt, ich glaube, es stecken Chancen in dem, was wir an Qualität an den Standorten haben. Sie sind konkurrenzfähig. Die Menschen dort leisten gute Arbeit. Es verdient Unterstützung, diese Standorte zu erhalten.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ärgerlich sind solche Äußerungen, bei denen schwadroniert wird, wie von dem Präsidenten des CDU-Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, staatliche Hilfe ist abzulehnen, ist nicht systemrelevant usw. Uns eint hier, dass man praktisch überlegen muss, wie man helfen kann, damit zukunftsfähige Strukturen ausgebaut werden können, Menschen Arbeit haben und Wertschöpfung in der Region erfolgen kann; natürlich nicht Investitionen in absterbende Branchen und in keine Zukunftsfähigkeit. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, dass diese Zukunftsfähigkeit gegeben ist. Das sieht man an dem Erfolg auch neuer Produkte aus dem Hause Opel. Dann sollen die Standorte, die wir hier haben, auch nicht darunter leiden, dass man bei Chrysler, GM und Ford eine verfehlte Politik betrieben hat und dort zu großen Einschnitten gezwungen ist.

Natürlich ist es schwierig, die Opel-Standorte in Europa und in Deutschland herauszulösen. Natürlich müssen die entsprechenden Sicherheiten geschaffen werden, damit Gelder nicht abfließen, damit Sicherheiten nicht anderen dienen, um ihre Geschäftsmodelle zu sehen.

Ich bin sehr froh, dass es Interessenten gibt, die sich für Opel und ein Engagement bei Opel interessieren. Herr Kollege Eymael, ich glaube nicht, dass wir sie wertfrei beurteilen können, sondern man muss Bewertungen vornehmen, natürlich abgewogen und auch hinter verschlossenen Türen und ohne die Menschen bei diesen Beurteilungen zu verunsichern.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine lieben Damen und Herren, was ist die Wertorientierung, die wir dabei haben? Das ist der ganz alte Satz, dass uns das Hemd näher ist als der Rock und wir für Rheinland-Pfalz und für die Standorte, die es hier gibt, und für die benachbarten und für die deutschen Standorte stehen. Wir haben unsere Interessen und die Interes-

sen der Opelaner zu wahren, weil wir für die Region stehen und immer gestanden haben.

(Beifall der SPD)

Dann sind natürlich die vorgelegten Konzepte unterschiedlich zu beurteilen. Das Konzept Fiat mag für den Konzern Fiat ein zukunftsträchtiges sein. Ob es das für unsere Standorte ist, da teile ich die Zweifel der Betriebsratschefs. Dies kann man natürlich noch nicht zu Ende beurteilen, aber ob ein Konzept, das ein Motorenwerk hier überflüssig macht, ein Konzept, das Überkapazitäten, die am Markt vorhanden sind, zugunsten anderer stabilisiert, die Interessenlage ist, die Opel nutzt, daran habe ich Zweifel.

Andere Interessenten, die aus der Teileproduktion kommen und ihre Absatzmärkte suchen, sind vielleicht vielversprechender. Es gibt Interessenten aus Russland mit Erfahrung in der Automobilherstellung, die auch versuchen wollen, neues Know-how bei einem Hochtechnologiekonzern Opel zu bekommen. Das scheint vielleicht vielversprechender.

Es gibt auch Finanzinvestoren. Man muss schauen, welcher Finanzbedarf letztlich vorhanden ist. Lassen Sie mich die erste Runde mit dem Satz schließen, der meines Erachtens in Kaiserslautern angebracht ist, der natürlich auch in anderem für Kaiserslautern steht, dass wir nämlich für den Erhalt der Standorte mit Herzblut kämpfen. Nicht nur auf dem anderen Spielfeld, sondern auch hier bei den Opelanern werden die SPD und die Regierung mit Herzblut kämpfen, dass die Standorte ausgebaut und zukunftsfähig sind.

(Starker Beifall der SPD)

#### **Präsident Mertes:**

Das Wort hat Herr Kollege Baldauf.

#### **Abg. Baldauf, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hartloff, das mit dem Herzblut greife ich selbstverständlich gern auf, weil es in einer solchen Situation, zu der wir uns heute hier im Plenum versammeln, um eine nicht unberechtigte, aber auch tiefe Sorge geht. Gelingt es uns nämlich, den Opel-Standort in Kaiserslautern zu sichern, und gelingt es uns – darauf kommt es vor allem an –, den Arbeitnehmern auf Dauer ihren Job zu erhalten?

Die Vorredner haben es schon angesprochen, die Nachrichten der letzten Tage geben Anlass zur begrenzten Hoffnung. Wenn wir heute überlegen, was wir als Land für Opel Kaiserslautern – dafür sind wir heute hier – tun können, dann müssen wir natürlich die Gesamtlage der Firma Opel – Herr Kollege Eymael hat es schon angesprochen – und unsere rheinland-pfälzischen Interessen in der allgemeinen Wirtschaftskrise in der Gesamtheit im Blick behalten. Wir haben selbstverständlich ein unmittelbares Interesse an zwei Opel-Standorten: an Kaiserslautern, aber nicht zu vergessen selbstverständlich auch

an Rüsselsheim; denn auch dort arbeitet eine nicht unbedeutende Anzahl von Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über Jahre hinweg hat die Automobilindustrie auch in Deutschland Überkapazitäten aufgebaut. Wenn Opel eine stabile Zukunft haben soll, dann müssen solche Überkapazitäten abgebaut werden. Das kann und wird sicherlich alle Standorte treffen. Für uns ist aber wichtig, einer möglichst großen Zahl von Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern den Arbeitsplatz zu retten. Mit welchen Mitteln kann das Land Rheinland-Pfalz dazu beitragen? Zunächst geht es um eine kurzfristige Zukunft der amerikanischen Konzernmutter. Bricht diese bis Ende Mai – in zwei Wochen – zusammen, bevor eine tragfähige neue Konstruktion für Opel gefunden ist, dann ist aus meiner Sicht der Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers einer befristeten treuhänderischen staatlichen Übernahme im Moment wohl die einzige Möglichkeit, sowohl Gläubigerschutz als auch Arbeitsplatzschutz für die Adam Opel AG zu wahren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die staatliche Beteiligung kann und darf aber nicht die eigentliche Lösung sein. Wo fängt denn der Staat in dieser Lage an, Unternehmen zu übernehmen? Wo hört er auf? Sind Staatssekretäre bessere Arbeitgeber? – Nein, es bleibt bei der Grundbedingung für jedes staatliche Engagement, dass private Kapitalgeber als neue Anteilseigner einsteigen und die unternehmerische Verantwortung übernehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist angesprochen worden – da wird die Auswahl klein bleiben, auch wenn man heute etwas anderes in den Zeitungen liest –, dass es durchaus andere Interessenten geben kann. Neben Fiat und Magna werden es aber wohl sehr wenige ernst zu nehmende Angebote sein. Dann müssen selbstverständlich Bund und Länder helfen, einen solchen Einstieg auch leisten zu können. Zum Beispiel ist angesprochen worden, dass das mit Bürgschaften und Garantien erfolgen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn der Investor aber darauf angewiesen ist, dann muss der Staat auch Bedingungen stellen. Das Unternehmen braucht dann eine realistische Zukunftsoption, sonst macht eine staatliche Unterstützung keinen Sinn. Dass der Investor diese Chance überhaupt hat, dafür brauchen wir – das können wir heute am 13. Mai aus unserer Sicht noch nicht abschließend beurteilen – tragfähige Konzepte, tragfähige Überlegungen und zukunftsweisende Sicherungen.

(Beifall bei der CDU)

In einem Fall wie Opel – das ist jetzt noch nicht angesprochen worden – reden wir aber natürlich nicht allein nur über Rheinland-Pfalz, sondern wir brauchen natürlich auch ein Konzept von Bund und allen vier Bundes-

ländern mit den Opel-Standorten. Darin muss selbstverständlich der Standort Kaiserslautern verankert sein. Das ist keine Frage. Das ist zu sichern. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, Kaiserslautern entsprechend zu unterstützen. Das ist selbstverständlich für Sie als Landesregierung ein Test auf Ihre Durchsetzungsfähigkeit und auf Ihren Sachverstand

(Heiterkeit bei der SPD und bei  
Ministerpräsident Beck)

– ich hoffe nicht, dass Sie jetzt an Ihrem eigenen Sachverstand zweifeln –; denn für den Standort Kaiserslautern muss man Argumente ins Feld führen, die in ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept passen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Maß des jeweiligen staatlichen Engagements will wohl bemessen sein. Bei uns in Rheinland-Pfalz brennt es nicht nur in Kaiserslautern. Herr Kollege Eymael hat es angesprochen. Zahlreiche andere Firmen mit Tausenden von Arbeitsplätzen – ob Bilstein, Rasselstein und viele mehr – kämpfen ebenfalls in einer äußerst schwierigen Lage. Das kann uns bald zu schwierigen Abwägungen zwingen; denn die Mittel des Staates und vor allem die in Rheinland-Pfalz nach dieser Schuldenpolitik der letzten Jahre sind begrenzt. Überall, wo es brennt, können wir als Staat und wir als Menschen doch nicht ernsthaft Hilfe leisten, auch wenn es die Menschen wünschen.

(Harald Schweitzer, SPD: Was wollen Sie denn jetzt eigentlich?)

Dieses Land hat in vielen Jahren sehr viel für den Opel-Standort getan. Herr Kollege Eymael hat es angesprochen. Ob das immer mit dem gewünschten Erfolg oder nicht passiert ist, ist nicht immer klar und deutlich herauszuarbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Aber eines ist klar – Herr Präsident, ich komme zum Schluss für die erste Runde –, wir müssen dafür Sorge tragen, dass in diesem Land in Kaiserslautern nicht die Lichter ausgehen. Dafür steht die CDU. Dafür steht dieses Parlament. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass dies auch zur Wirklichkeit wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Präsident Mertes:**

Es spricht Herr Minister Hering.

#### **Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist deshalb ein starker Wirtschaftsstandort, weil wir eine große industrielle Basis haben. Es ist ein Wirtschaftsstandort mit einem Anteil des verarbeitenden

Gewerbes von 26 %. Davon ist einer der entscheidenden Kernbereiche die Automobilindustrie, insbesondere die Automobilzuliefererindustrie. Wir reden über 34.000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Wir reden über 124 im Wesentlichen mittelständische Unternehmen.

Wenn wir über die Zukunft von Opel reden, reden wir nicht nur über die 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Opel und Powertrain, sondern wir reden auch über 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich nach Rüsselsheim pendeln, und wir reden über mindestens weitere 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Automobilzuliefererindustrie. Das bedeutet, von Opel hängen in Rheinland-Pfalz mindestens 15.000 Arbeitsplätze ab. Deshalb hat das Land ein elementares Interesse daran, für eine tragfähige Zukunft für Opel zu sorgen.

(Beifall der SPD)

Es ist nicht akzeptabel, dass ein konkurrenzfähiges Unternehmen – Opel mit seinem Komponentenwerk und seiner Motorenproduktion ist ein wettbewerbsfähiges Unternehmen mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – wegen Managementfehlern bei GM zerstört wird, weil die Mutter Fehler gemacht hat und weil wir nicht die Kraft aufbringen, die notwendigen Schritte auf den Weg zu bringen.

(Beifall der SPD)

Wir können froh sein, dass Stimmen leiser geworden sind, die zur Diskussion von Opel gesagt haben, es gehöre zur Marktwirtschaft dazu, dass es eine Marktberreinigung gebe, und eine Insolvenz sei von der Politik zu akzeptieren. Wir verfolgen eine solche Politik nicht. Wir werden Wege finden, um Opel zu retten und für eine Zukunft zu sorgen.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Die Kriterien, die wir an einen Investor stellen, sind meiner Meinung nach ziemlich klar. Dass das Unternehmen zukunftsfähig ist, kann man daran erkennen, dass es mittlerweile mehrere Interessenten gibt – auch strategische Investoren –, die an einem Einstieg bei Opel interessiert sind. Es muss ein langfristig tragfähiges Konzept sein.

Wichtig ist auch, dass die Bundesländer beieinanderbleiben – die Gespräche verlaufen sehr konstruktiv –, damit alle Standorte eine Zukunft haben und das Konzept Zustimmung findet, das langfristig die meisten Arbeitsplätze sichert. Dafür brauchen wir einen strategischen Investor. Wir brauchen vor allen Dingen einen Investor, der das Herzstück von Opel stärkt. Das ist der Forschungs- und Entwicklungsbereich in Rüsselsheim. Die Zentrale muss in Deutschland erhalten werden. Wir brauchen keinen Investor, dessen Interesse darin liegt, einen Technologietransfer von Deutschland woandershin zu betreiben. Dieser Kernbereich von Opel, der der eigentliche Wert von Opel ist, muss in Deutschland erhalten werden. Dieser Bereich muss ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein abgestimmtes Verhalten.

Ich bin froh, dass sich die Vertreter der Parteien, die im Landtag Verantwortung tragen, klar zum Standort Opel bekennen. Dazu gehört aber auch, dann die dafür notwendigen Entscheidungen zu treffen, die in späteren Phasen zu treffen sein werden, damit für ein tragfähiges Konzept die notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden können.

Wenn Zwischenlösungen notwendig sind, darf dies keine Frage von Theorie und reiner Ordnungspolitik sein, sondern die Frage muss sein, welches Konzept tragfähig ist und welches Konzept der gemeinsamen Interessenslage entspricht. Ein solches Konzept muss konsequent umgesetzt werden.

Wir haben auch ein Interesse daran, nicht nur abzuwarten, bis die Konzepte vorgelegt werden, sondern wir treten in Verantwortung für den Standort in Rheinland-Pfalz in direkten Kontakt mit potenziellen Investoren. Wir wollen sie motivieren, die Konzepte zügig vorzulegen; denn wir brauchen zügige Entscheidungen, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Landesregierung hat nicht nur mit allen Investoren Gespräche geführt, sondern sie trägt auch dafür Sorge, dass es eine gemeinsame Position in Deutschland gibt. Es ist wichtig, die Verhandlungsposition von Deutschland durch ein abgestimmtes Verhalten zu stärken. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch die Einbindung des Betriebsrats, weil das die Grundlage für ein erfolgreiches Vorgehen ist. Mit einem abgestimmten Konzept der Länder und des Bundes – am besten gebündelt mit den Interessen des Betriebsrats – werden wir in der Lage sein, eine Lösung zu konzipieren.

Klar ist: Wir stehen zu der Verantwortung. Wir werden die verantwortbaren Entscheidungen treffen, die notwendig sind, um insbesondere den Opel-Standort Kaiserslautern in Rheinland-Pfalz zu sichern.

(Beifall der SPD)

#### **Präsident Mertes:**

Bevor ich das Wort an Herrn Kollegen Kuhn weitergebe, begrüße ich Gäste. Das ist zum einen die Singgemeinschaft Schlich, und das sind zum anderen Schülerinnen und Schüler der Klasse 9 a der Wilhelm-von-Nassau-Schule in Bad Marienberg. Seien Sie willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Kuhn.

#### **Abg. Kuhn, FDP:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! 1966 wurde mit 2.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Opel in Kaiserslautern gegründet. Inzwischen wurde eine sehr hohe Mitarbeiterzahl erreicht und mit immerhin 3.500 plus ein Industriepark aufgebaut. Das ist ein Unternehmen, das effizient arbeitet und hochmodern ist. Das bedeutet für unseren Standort in Kaiserslautern und die Region sehr, sehr viel. Dieser Standort ist über Jahre – wie schon

erwähnt – gemeinsam gesichert und in eine gute Zukunft geführt worden. Dabei möchte ich ausdrücklich – das habe ich als Lauterer immer wieder beobachten können – die positive Rolle des Betriebsrats würdigen, der immer wieder Beiträge geliefert hat, um diesen Standort und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, klar ist, dass dazu noch wesentlich mehr gehört. Die Zahlen wurden bereits genannt. Die Zulieferer sind zu erwähnen. Wir denken natürlich auch an die Pendler nach Rüsselsheim.

Ich komme aber noch einmal auf unsere Region zurück, die strukturpolitisch durchaus Probleme hat. Dieser Standort von Opel ist gerade nach dem tragischen Niedergang von Pfaff relativ gesehen immer bedeutender geworden. Wir haben zwar in unserer Region eine Strukturveränderung und einen Wandel, der sich sehr positiv anlässt. So haben wir die TU Kaiserslautern, Institute und viele mittelständische Unternehmen, die sich entwickelt haben. Wir haben den PRE-Park, der ein Paradebeispiel für hervorragende Konversion in Kaiserslautern ist. Daraus ergibt sich eine durchaus positive Entwicklung. Meine Damen und Herren, bei aller Freude darüber ist das aber keine ausreichende Kompensation für möglicherweise wegfallende Arbeitsplätze am Standort bei Opel. Wir brauchen in unserer Region, in Deutschland generell, aber gerade in unserer Region auch in der Zukunft industrielle Arbeitsplätze in großer Zahl. Die Arbeitslosenzahlen in unserer Region sprechen eine bewegte Sprache.

Meine Damen und Herren, wie wird es mit den zwei großen Bereichen Komponentenwerk und Motorenwerk weitergehen? Die Informationslage dazu ist für uns natürlich nicht ausreichend, auch wenn man das eine oder andere liest, was einen erfreuen könnte. Ich nenne als Beispiel die zusätzliche Produktion von Insignia für die USA oder für Buick. Wir müssen sehen, wie sich das vor dem Hintergrund der drohenden Insolvenz entwickelt. Wenn das so kommen sollte – was wir hoffen – würde das natürlich gerade für das Komponentenwerk eine große Hilfe darstellen, wodurch dieser Standort besonders gesichert werden könnte.

Das Motorenwerk arbeitet hervorragend und ist modern und effizient. Es kann natürlich nicht sein, dass die Motoren, die in Kaiserslautern hergestellt werden, in einem anderen Konzept durch Motoren eines anderen Konzerns ersetzt werden. Das können wir nicht geschehen lassen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Auch wenn es europaweit Überkapazitäten gibt, wäre es fahrlässig, dieses hochmoderne Werk aufs Spiel zu setzen.

In den nächsten Wochen fallen für die Menschen in dieser Region Entscheidungen von fundamentaler Bedeutung. Wir befinden uns in politischer Verantwortung.

Herr Ministerpräsident, wir sind in der Verantwortung, ein wirtschaftlich vernünftiges und tragfähiges Konzept

mit dem Ziel zu entwickeln, Opel als Unternehmen zukunftsfähig zu machen und die Arbeitsplätze für die Menschen zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ich appelliere an dieser Stelle auch an die politische Verantwortung in einer anderen Richtung. Die Beteiligten müssen aufpassen, dass sie sich aufgrund ihrer politischen Verantwortung, was die Kommunikation und die öffentlichen Äußerungen anbelangt, zurückhalten und Verantwortung tragen. Das war bisher nicht immer so gewesen.

Es macht keinen Sinn, dass öffentlich ein Diskurs entsteht, der letztendlich der Zielfindung nicht dient und diese möglicherweise sogar beeinträchtigen kann. Es kann nicht sein, dass der eine oder andere angesichts der bevorstehenden Wahlen versucht, politisches Kapital daraus zu schlagen.

Die vier Ministerpräsidenten und der Bundeswirtschaftsminister sind aufgerufen, eine Lösung in gegenseitigem Vertrauen auf den Weg zu bringen. Alles andere würde von den Menschen in dieser Region, um deren Schicksal es geht, nicht verziehen werden.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP –  
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen und allen, die an den Verhandlungen beteiligt sind, in den nächsten Wochen eine glückliche Hand. Es steht viel auf dem Spiel.

(Beifall der FDP)

**Präsident Mertes:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hartloff das Wort.

**Abg. Hartloff, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Baldauf, wir sollten nicht davon sprechen, dass in Kaiserslautern die Lichter ausgehen, oder ähnliche Worte wählen.

Die Situation ist schwierig und ernst. Wir haben weltweit die größte Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Wir haben – Werner Kuhn hat das eben ausgeführt – in Kaiserslautern jede Menge positive Ansätze, dass sich eine Entwicklung verändern und nach vorn treiben lässt. Wir müssen bei Opel – das ist die Interessenlage des Landes – auch dafür Sorge tragen, dass es Chancen gibt, weil dies für die Region eminent wichtig ist.

(Beifall der SPD)

Wir sollten in der Diskussion nicht darüber spekulieren, dass es aufgrund der Verschuldungssituation des Staates nicht möglich ist, solche Hilfen zu geben. Ich will mich gar nicht auf die Diskussion im Moment einlassen. Die Verschuldungssituation ist auf allen Ebenen schwierig. Sie wird zunehmend schwieriger werden, wenn der

Arbeitskreis Steuerschätzung spricht und weitere Steuersenkungen diskutiert werden.

Vorrang hat, dass wir Arbeitsplätze, Beschäftigung und damit auch Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung sichern. Hier sehe ich gute Chancen, weil wir gut aufgestellt sind.

Man muss sicher auf die Frage eingehen, welche Aufgabe der Staat in einer sozialen Marktwirtschaft hat. Wird man dann, wenn Marktkräfte versagen, einfach alles dem Markt überlassen und sagen, es richtet sich schon irgendwie, oder eingreifen und versuchen zu steuern und Hilfe zu geben, dass sinnvolle und wirtschaftlich tragfähige Konzepte umgesetzt werden können?

Unsere Aussage war von Beginn an – das ist auch die der Landesregierung –, dass wir gesagt haben, das ist Aufgabe des Staates, und zwar abseits jeder Ideologie. Wir nehmen die politische Gestaltung für die Menschen vor und handeln auch in der Wirtschaft, und zwar nicht, weil Staatssekretäre, Minister oder andere bessere Wirtschaftslenker wären, sondern weil Werte teilweise versagt haben und die Finanzwirtschaft falsch aufgestellt war.

Deshalb führen wir auch eine Diskussion über die Rolle des Staates in einer Krisensituation. Wir alle sind gefordert, den Interessen der Menschen gerecht zu werden. Das tun wir, wenn wir dafür sorgen, dass Konzepte umgesetzt werden können. Allerdings werden wir mit Bürgschaften nur dann bereitstehen, wenn die Standorte in Rheinland-Pfalz Zukunftschancen haben. Unser Geld, nämlich das der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Rheinland-Pfalz, ist nicht für die Zukunftssicherung in Amerika oder woanders auf der Welt vorhanden.

(Beifall der SPD –  
Beifall des Abg. Creutzmann, FDP)

Herr Baldauf, Sie sagen, dies sei ein Test für den Sachverstand und die Durchsetzungsfähigkeit der Landesregierung. Ja, ich setze auf die Landesregierung, dass sie das Vernünftige tut und sich mit allen Kräften dafür einsetzt, dass unsere Standorte zukunftsfähig sind.

Wir werden mit der örtlichen Werkleitung an einem Strang ziehen und mit den Betriebsräten Hand in Hand arbeiten, weil bei diesem Konzern in Europa und in Deutschland das Management erst einmal entsprechend aufgestellt werden muss, damit er eigenständig handeln kann.

Deshalb ist die diskutierte Treuhandgesellschaft, die noch nicht steht, ein Weg, wie man eine Zeit überbrücken kann, die nicht zu lange dauern darf, bis eine Konzeption umgesetzt ist. Wenn es Chancen für eine Konzeption gibt, gehe ich davon aus, dass wir sie auch für unsere Standorte mittragen und die Landesregierung sich daran beteiligt.

Dann braucht man auch Sicherheiten, dass Patente und Rechte für Opel verfügbar sind. Es darf nicht sein, dass andere sie in der Hand haben und es Abhängigkeiten gibt.

Deshalb glaube ich, dass die Konstruktion eines Riesenkonzerns, in dem Opel mit Chrysler, Fiat und anderen aufgeht, die alle kein Geld haben, durch die Finanzierung öffentlicher Sicherheiten, wo sich die Milliardenbeträge von heute auf morgen von zunächst 2 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden Euro und 7 Milliarden vervielfachen, nicht unbedingt das richtige Konzept ist.

Man wird das alles sehr ernsthaft prüfen. Dann muss man entscheiden, wie man dort weiterkommt. Wir stehen hinter den Konzepten für eine Zukunft von Opel in Kaiserslautern und Rüsselsheim.

(Beifall der SPD)

**Präsident Mertes:**

Ich erteile Frau Abgeordnete Kohnle-Gros das Wort.

**Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin richtig froh, dass die Diskussion so läuft, und zwar auch aus meiner regionalen Betroffenheit heraus. Ich bin froh, dass wir uns gemeinsam für den Standort Kaiserslautern einsetzen.

Ich glaube, es gibt bei uns in der Region unter den politischen Kolleginnen und Kollegen niemand, der nicht in seiner Nachbarschaft, seiner Familie, im Verein und in der Partei jemand kennt, der bei Opel, Pfaff oder INA-Schaeffler in Homburg arbeitet und im Augenblick überall sorgenvolle Gesichter antrifft, wenn er unterwegs ist.

Eigentlich ist im Augenblick das überragende Thema in der Region, wie es weitergeht. Ich glaube, das kann man nicht verleugnen. Das ist einfach so. Deswegen ist die Situation bis in den täglichen Ablauf hinein sehr bedrückend.

Darüber wurde auch am Samstag an den Wahlständen in Hütschenhausen geredet. Egal, wohin ich komme, lauten die Themen: Wie geht es weiter? Was wird in Mainz geredet? Wo sind die Konzepte?

Deswegen war es auch richtig, dass Herr Baldauf noch einmal darauf hingewiesen hat, dass wir informiert sein und wissen wollen, welche Konzepte die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Ministerpräsidenten vorbereitet und wie es weitergehen kann.

Meine Damen und Herren, ich habe es angedeutet. Die Lage betrifft nicht nur Rheinland-Pfalz, sondern auch das Saarland, das genauso wie die Westpfalz in der Automobilzulieferindustrie stark repräsentiert war. Auch dort ist vieles in Gefahr.

Wir haben in der Region – das hat Herr Kollege Eymael angedeutet – seit 1966 viel von den industriellen Standorten profitiert. Der strukturelle Wandel von der Landwirtschaft zu anderen Bereichen hat sich sehr positiv ausgewirkt.

Die anderen Industriezweige, die niedergegangen sind – ich nenne nur einmal die Textilindustrie –, haben dies ein gutes Stück wieder ausgeglichen. Wir haben dies von staatlicher Seite all die Jahrzehnte – Sie jetzt und wir in der Vergangenheit – immer begleitet, auch mit Finanzmitteln, aber vor allem mit Ansiedlungspolitik. Das darf in dieser Situation nicht infrage gestellt werden.

Wir sehen, dass die Konzepte darauf hinauslaufen, dass die Region gerade mit diesem letzten industriellen Standort, den wir noch haben, wenn wir Pfaff an die Seite stellen, weil es einen Neuanfang geben muss – – Dies ist eine ganz wichtige Entwicklung.

Herr Hartloff, jetzt nur mit negativen Ausdrücken durch die Lande zu laufen, wäre nicht hilfreich.

Wenn ich die überregionale Presse betrachte, dann finde ich es auch nicht gut, dass man uns nach dem Motto „Naja, die haben schon alles Mögliche überwunden, dann werden sie das auch noch überwinden“ – – Das ist zu wenig. Es geht nicht darum, einfach nur zu sagen, die schaffen das schon irgendwie, die sind schon so gestrikt. Ich glaube, das ist kein guter Ansatz. Deswegen müssen wir ein Stück weit gemeinsam kämpfen, dass wir in dieser Frage so wahrgenommen werden, dass wir ein wichtiger Standort sind und die Strukturchwäche, die sich über Jahrzehnte entwickelt hatte, nicht wieder vollständig aufbricht.

Herr Kollege Kuhn hat angedeutet, dass wir in der Region mit neuen Arbeitsplätzen und Systemen, die uns nach vorne gebracht haben, gute Fortschritte gemacht haben. Dies darf nicht durch eine Situation konterkariert werden, die auf uns zutrifft.

Wir alle haben in den letzten Jahrzehnten gelernt, wie sehr die Arbeitnehmerschaft, der Betriebsrat und die Werkleitung sich immer wieder auf neue Situationen haben einstellen müssen. Ich habe bei meinen Besuchen und Gesprächen immer wieder erlebt, es war ein Stück weit vorbildlich, was vonseiten des Betriebsrats und der Mitarbeiter geleistet worden ist. Man hat sich flexibel und anpassungsfähig gezeigt.

Man hat es geschafft, in die Qualität des Produkts Opel zu investieren und damit den Ruf der Automarke Opel nach vorne zu bringen. Ich denke, das ist ein großer Verdienst der Arbeitnehmer. Deswegen haben sie ein gutes Stück weit unsere Unterstützung verdient; denn sie tragen mit dazu bei, dass das Interesse Gott sei Dank weltweit vorhanden ist und es inzwischen mehrere Investoren gibt, die in einen Wettbewerb um diese Standorte von Opel in Deutschland und Europa treten und es damit eine Auswahl für GM, aber auch für die Bundesregierung und die Länder gibt, an dieser Stelle den richtigen Investor zu finden, der uns helfen kann, dass es weitergeht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Mertes:**

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Beck das Wort.

**Beck, Ministerpräsident:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ein herzliches Wort des Dankes für die Debatte und das Maß an Gemeinsamkeit, das in dieser Debatte deutlich geworden ist.

Erlauben Sie mir, in Ergänzung und in Absprache mit dem, was Herr Wirtschaftsminister gesagt hat, noch einige Anmerkungen zur aktuellen Diskussion und zum aktuellen Stand der Bemühungen um Opel zu machen.

Ich will vorweg deutlich machen, dass uns die Sorge eint und wir uns darum bemühen wollen, dass dieser internationalen Finanzkrise, aus der eine weltweite veritable Wirtschaftskrise geworden ist, mit den Möglichkeiten, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen, gegengesteuert wird. Deshalb haben wir in Rheinland-Pfalz ein zusätzliches Abschirmkonzept entwickelt, das kleinen und mittleren Unternehmen eine Chance gibt, bei Liquiditätsschwierigkeiten und ähnlichen temporären Herausforderungen geholfen zu bekommen. Ich bin dankbar dafür, dass es gerade in den letzten Tagen zwischen unserer ISB und einer privaten Bank eine Übereinkunft gab, die Refinanzierungsvorteile an solche Unternehmen weiterzugeben, die einen Kapitalbedarf in dieser Situation haben.

Wir haben darüber hinaus, erwartend, dass diese Finanzkrise durchschlägt, im Zusammenhang mit der Nachtragshaushaltsberatung die Bürgschaftsinstrumentarien des Landes erweitert.

Wir haben unser Bürgschaftsinstrumentarium mit Zustimmung der Mehrheitsfraktion von 400 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro verdoppelt. Wir sind damit in der Lage, sowohl was Opel anbelangt als auch was Bedarfe von mittelständischen und kleineren Unternehmen angeht, Hilfe zu leisten.

Lassen Sie mich unterstreichen, dass wir alle, die wir unterwegs sind und mit unterschiedlich betroffenen Gruppierungen in Rheinland-Pfalz reden, von der Sorge der Menschen beeindruckt sind. Ich habe in den letzten Wochen auf einer Reihe von Betriebsversammlungen, von Rasselstein bis zu Mittelständlern und kleinen Unternehmen, gesprochen. Ich habe auch auf Kundgebungen gesprochen. Allen ist eines gleich, die Menschen haben Sorgen, wie es weitergeht. Diese Sorge wird natürlich dadurch vertieft, dass derzeit niemand in der Lage ist, seriös zu beantworten, wie lang diese Krise noch anhält, auch wenn es derzeit einige Zeichen der Stabilisierung auf sehr niedrigem Niveau gibt.

Dass wir also nicht begründet Hoffnung machen können, belastet die Menschen sicher zusätzlich. Aber umso wichtiger ist es, dass wir das, was wir tun können, auch tun und einsetzen. Die Landesregierung ist dazu willens und bereit. Wir haben eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen – Sie wissen dies –, die in der Lage ist, innerhalb von zehn Banktagen, wenn entsprechende Antragsunterlagen vorliegen, dann auch das Bürgschaftsinstrumentarium einzusetzen und wirksam werden zu lassen.

Wir haben darüber hinaus mit dem Mittelstandslotsen eine weitere Ansprechstelle. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, zu kontaktieren und Hilfen auszuloten.

Erlauben Sie mir, mit Blick auf Opel deutlich zu sagen, die Opelkrise ist keine Krise, die der aktuellen Wirtschaftsproblematik geschuldet ist. Es ist eine Krise, die einen langen Vorlauf hat und von den USA und den dortigen Verantwortlichen bei General Motors ausgeht: eine problematische Modellpolitik, ein problematisches Kostenmanagement, nach meiner Beurteilung ein problematisches Management, das heißt, des europäischen und deutschen Opelmanagements, mit zu wenig Eigenständigkeit. Das alles hat zu dem geführt, was wir jetzt an Problemen haben.

Wir kämpfen seit geraumer Zeit darum. Es ist vorhin erwähnt worden, dass wir schon einmal helfend eingegriffen haben. Ich glaube, Herr Kollege Brüderle war zu dieser Zeit noch Wirtschaftsminister. Ich erinnere mich sehr gut an die Gespräche. Wir haben uns damals alles andere als leicht getan, 40 Millionen DM einzusetzen, um die neuen Motorenlinien überhaupt in Deutschland und in Kaiserslautern zu halten. Wäre dies damals nicht gelungen, müssten wir über Powertrain heute gar nicht mehr reden. Ich glaube, das muss man in diesen Zeiten in Zusammenhang setzen.

(Beifall der SPD und bei der FDP –  
Creutzmann, FDP: So ist es!)

Dennoch, die aktuelle Herausforderung ist unglaublich groß. Wir haben nur bedingt Zeit. Ich will mich nicht daran beteiligen, bis wann der Insolvenzfall eintreten könnte, aber ich sage noch einmal, wir haben nur sehr begrenzt Zeit, um es nicht so weit kommen zu lassen.

Insoweit müssen wir fragen, was wir tun können. Eines ist dabei in der Tat von ganz besonderer Bedeutung, nämlich dass wir die Interessen, zunächst einmal die deutschen Interessen, seitens der Politik gebündelt halten. Man muss sagen, das ist zwischen Bund und den vier Ländern sehr gut angelaufen. Aber es gab zwischendurch und gibt aktuell für uns allen Grund, eine dringende Bitte auszusprechen, die Informationspolitik der Anfangstage und -wochen wieder aufzunehmen. Das, was derzeit zwischen Bundeswirtschaftsministerium und den Ländern abläuft, ist nicht ausreichend. Ich sage das nicht nur hier. Das ist auch den Verantwortlichen gegenüber deutlich gemacht worden.

Wir versuchen umso intensiver, zwischen den vier Ländern zu kommunizieren. Das hat heute Morgen mit einer Schaltkonferenz wieder stattgefunden, an der leider Herr Kollege Rüttgers nicht teilnehmen konnte, aber die anderen Kollegen. Das Gespräch werden wir am Freitag am Rande des Bundesrats nachholen können, denke ich.

Ich bin froh darüber, dass wir uns gegenseitig erneut versichert haben, vor dem Hintergrund dessen, was derzeit auf den Weg gebracht ist, um alle deutschen Standorte gemeinsam zu kämpfen.

Es wäre auch für Kaiserslautern oder Rüsselsheim genauso nachteilig, wenn Erfurt geschlossen würde; denn

wir müssen sehen, wie – mit wem auch immer als Investor – strategische Aufstellungen möglich sind und wie eine möglichst optimale Ausnutzung des Presswerks, des Gelenkherstellungsbereichs oder eben von Powertrain in Kaiserslautern möglich ist.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Da kann es natürlich bei der Optimierung und bei der zu Recht von allen Rednern angesprochenen Reduktion der Gesamtkapazitäten zu entsprechenden Anpassungen kommen.

Alles, was außerhalb der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang stattfindet, wird für ein Presswerk allemal wegen der Kosten des Transports höchst problematisch sein. Der Vorteil von Kaiserslautern liegt darin, dass die Montage räumlich sehr nah an Rüsselsheim stattfindet. Diesen Vorteil wollen wir natürlich in der Hoffnung nutzen, eine Erweiterung und eine Modernisierung der Presswerkstruktur in Kaiserslautern hinzubekommen. Das ist durchaus im Bereich des Möglichen und Erreichbaren.

Es geht darum, dass wir politisch zusammenbleiben. Es geht darum, jedes der vorliegenden Angebote oder jede Interessenbekundung auszuloten.

Herr Kollege Hering und ich haben mit den beiden strategischen Hauptinteressenten Kontakt und mit den jeweils Hauptverantwortlichen Gespräche geführt. Das galt zuerst für Magna und dann nachfolgend für Fiat.

Es gibt eine Reihe von Angeboten, die uns fast täglich auf den Tisch kommen, die von der Substanz her leider niemals in die Nähe dessen kommen, was von den Größenordnungen her gefordert ist. Es gibt Interessenten, bei denen sieht man, wenn man deren Interessen näher nachgeht, dass sie selbst eher ein Interesse haben, durch ein solches Investment die drohende Insolvenz zu vermeiden, als dass sie hilfreich sein könnten.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich das jetzt nicht herunterbreche auf einzelne Namen, die auch in der Presse gehandelt werden, weil wir kein Interesse daran haben, jemandem zu schaden. Wenn man aber sieht, dass die Situation so ist, dann hat es keinen Sinn, auf ein solches Pferd zu setzen, das selbst kaum noch überlebensfähig ist.

Ich denke, am Ende ist es so, dass mit einem strategischen Partner, der aus dem Business kommt, die Dinge am ehesten gestemmt werden könnten.

Wenn vorhin gesagt worden ist, es würde geredet und Ähnliches mehr, so ziehe ich mir diesen Schuh ausdrücklich nicht an. Genauso wie Herr Kollege Hering habe ich den Mund gehalten zu Zeiten, als andere Konzepte verkündet haben und alle möglichen Dinge. Ich glaube, es war nicht hilfreich.

Es war aber, nach dem Gespräch mit dem Fiat-Chef und nach dem, was er der Presse gesagt hat, unerlässlich, auch eine Bewertung abzugeben. Ich glaube, das ist man sich und dem Interessenten schuldig, dass man eine doch sehr offene Formulierung dann auf die Inter-

essenslage der Standorte in Rheinland-Pfalz ein Stück weit zuschneidet. Das haben wir getan. Wir bleiben auch ausdrücklich bei der Bewertung.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Deutschland in Bezug auf Opel oder ein anderes Automobilwerk ein Interesse daran haben könnte, Teillieferant für Plattformen zu sein, deren Antriebe in jedem Fall außerhalb Deutschlands gefertigt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das auf Dauer ein tragfähiges Modell ist.

Ich kann mir auch nur schwer vorstellen, dass am Ende dafür ein Bürgschaftsvolumen – wie gefordert – von 7 Milliarden Euro darzustellen sein wird, weil sich unsere Interessen nicht ausreichend in einer solchen Konzeption widerspiegeln. Das ist eine Konzeption, übrigens eine aus Sicht der Verantwortlichen sehr schlüssige Konzeption, aber ich glaube nicht, dass es die ist, die für uns mit ausreichenden Interessen versehen ist.

(Beifall des Abg. Wirz, CDU)

Der zweite Punkt ist, dass wir jetzt darum ringen müssen, dass die Interessenten bis zum 20. Mai – das ist die Fristsetzung, die der Bundeswirtschaftsminister vorgegeben hat – entsprechende Angebote abgeben, die dann substantiell überprüft werden können.

Dazu haben wir – alle, die Gespräche geführt haben –, abgestimmt jeweils die Interessenten aufgefordert. Es sieht auch so aus, dass solche Angebote abgegeben werden, zumindest von den beiden Hauptinteressenten.

Dann erst wird man endgültig urteilen können. Aber ein paar Signale, was aus Sicht der Länder – ich kann jetzt nicht für den Bund reden, weil die Kontakte nicht ausreichend sind, um zu wissen, was dort gedacht wird; das bedaure ich sehr, aber es ist die Wahrheit – in diesem Angebot mindestens berücksichtigt sein soll, weil es für uns sonst keine ausreichende Legitimation geben kann, dafür Bürgschaftsmittel oder bare Mittel auf Zeit einzusetzen, müssen wir schon geben.

(Beifall der SPD)

Insoweit sind diese Gespräche und Signale erforderlich.

Ich will zum Dritten sagen, dass wir, um diese Signale zu setzen, in einem engen Kontakt mit den Unternehmensleitungen, mit der IG Metall, die immerhin den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden dieses Unternehmens stellt, und mit den Betriebsräten stehen.

Unmittelbar vor dieser Plenarsitzung haben Herr Kollege Hering und ich mit dem Konzernbetriebsratsvorsitzenden Klaus Franz und mit Alfred Klingel, der vorhin mit seinen Betriebsräten zu Recht hier gelobt worden ist, zusammengesessen und den aktuellen Stand durchgesprochen, auch vor dem Hintergrund einer bevorstehenden Reise des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden zu anderen europäischen Standorten und dem Interessensabgleich innerhalb des Unternehmens.

Es gibt sehr enge und fast tägliche Kontakte, um auf dem Laufenden zu bleiben und ausreichend informiert zu sein. Diese Informationen stützen sich auf diese

Kontakte mit den Unternehmen, den Interessenten, den europäischen Verantwortlichen und den deutschen Verantwortlichen für Opel, den Betriebsräten und den Gewerkschaften. Daher haben wir unsere Informationen, leider nur sehr spärliche aus dem Bundeswirtschaftsministerium, wiewohl es eine abgesprochene Arbeitsgruppe auf Staatssekretärschicht gibt, die den laufenden Fortgang begleitet und in der Herr Dr. Kühl für uns mit tätig ist.

Ich will darüber hinaus sagen, dass wir möglicherweise sehr schnell vor die Frage gestellt werden, wie wir das jetzt von allen Seiten bekundete Interesse unterlegen. Wir haben die Möglichkeit, mit unserer Investitions- und Strukturbank gemeinsam einen Weg zu finden. Die Landesregierung hat von Anfang an deutlich gemacht, dass sie keinen Weg ausschließt, auch nicht einen, wie er jetzt wieder ins Gespräch gekommen ist, nämlich einer Transfergesellschaft oder einer Treuhandkonstruktion, von der wir alle noch nicht wissen, wie sie aussehen könnte.

Es ist nicht so einfach. Wir werden schwerlich eine Lösung finden können, dass – ich sage jetzt einmal als Beispiel – die KfW, die den Löwenanteil des Bundesanteils verbürgen muss, selbst als Treuhänder auftritt. So einfach wird das nicht gehen.

Es gibt Signale von europäischen Banken, dass man die Einsetzung – wie man es bei einem Kleinunternehmen machen würde – eines Rechtsanwalts oder eines Insolvenzverwalters in anderer Aufgabe, nicht als Insolvenzverwalter, nicht akzeptieren würde, sondern eine belastbare breitere Abdeckung erwartet.

Wir werden auf die eine oder andere Weise die Bereitschaft haben müssen, eine staatliche Beteiligung dann möglicherweise als Übergang zu akzeptieren. Das alles kann noch nicht zu Ende beurteilt werden, aber die Bereitschaft dazu scheint mir zu wachsen. So interpretiere ich auch die völlig veränderte Position des Bundeswirtschaftsministers, die ich an dieser Stelle ausdrücklich begrüße.

Ich habe die herzliche Bitte, dass wir in diesen Fragen zusammenbleiben und – ich möchte es einmal vornehm ausdrücken – ordnungspolitische Schranken uns nicht daran hindern, das zu tun, was nun eingefordert worden ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen bei allem Verständnis und bei aller Dankbarkeit für gemeinsame Positionen natürlich schon wissen, was nun gilt. Aber wenn ich parallel zu dem, was heute gesagt wurde, von wichtigen Funktionsträgern der Union lese, Opel sei kein systematisches Risiko wie die Banken und man sei daher dagegen, dass man diesem Unternehmen hilft, muss ich schon wissen, ob Sie sich am Ende gemeinsam mit mir auf das verständigen, was heute gesagt worden ist, oder auf das, was öffentlich gesagt worden ist.

(Beifall der SPD)

Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Fuchs hat dies vor wenigen Tagen, nachlesbar in mehreren Zeitungen und

Magazinen, deutlich gemacht, und die Union hat wenige Tage danach ihr Wirtschaftskonzept mit ihm gemeinsam vorgestellt und sich von diesen Aussagen nicht distanzieren lassen.

(Bracht, CDU: Aber es ist auch nicht wiederholt worden! –

Heiterkeit bei der SPD –

Pörksen, SPD: Das wäre ja noch schlimmer!)

– Herr Kollege Baldauf, Sie können nicht hinauslaufen, dann hereinkommen und abwinken. So geht es auch nicht.

(Beifall bei der SPD –

Baldauf, CDU: Ich habe doch nur gefragt, was Sie gesagt haben!)

– Ja, ja! Ich habe mich sehr zurückgenommen, und ich stelle jetzt fest, dass Sie sagen, das ist nicht unser Weg. Wenn dies so ist, bin ich dankbar dafür.

Aber wenn ein wichtiger Unionsfunktionsträger auf Bundesebene – nachzulesen in der „WirtschaftsWoche“ – auf die Frage „Soll Opel notfalls pleite gehen?“ sagt „Notfalls ja“, dann ist dies etwas ganz anderes als das, was Sie in diesem Parlament sagen. Das muss man doch hinterfragen dürfen, damit man weiß, woran man ist, meine Damen und Herren. Das kann nicht anders sein.

(Beifall der SPD)

Wir müssen es finanzieren. Es ist keine allgemeine theoretische Auseinandersetzung, sondern wir werden im Bürgerschaftsausschuss und gegebenenfalls auch durch Entscheidungen des Haushalts- und Finanzausschusses dazu stehen müssen, wenn es temporärer Beteiligungen bedarf. Insofern ist es natürlich schon spannend zu wissen, wie Ihre Position ist. – Ich stelle fest, dass der genannte Kollege, Herr Dr. Fuchs, noch am 30. April das Transfermodell, das der Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagen hat, wörtlich als „ordnungspolitischen Müll“ bezeichnet hat.

Ich möchte wirklich keine Schärfe in die Debatte hineinbringen, aber ich möchte schon wissen, ob das, was wir vor Ort sagen, auch in den zuständigen Gremien des Parlaments in Rheinland-Pfalz, wenn wir es brauchen, sowie auch in den Bürgerschaftsausschüssen dem entspricht, was gegenüber den Menschen in Rheinland-Pfalz in öffentlicher Sitzung an Zusagen gemacht wird.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie uns dies zusagen, bin ich sehr dankbar dafür, aber es geht nun einmal nicht, dass man an jedem Ort etwas anderes sagen kann und sich nirgendwo entscheiden muss.

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Deshalb bitte ich Sie herzlich darum, uns zu sagen, ob wir dort, wo letztendlich die Entscheidungen umgesetzt werden müssen – dies kann von heute auf morgen ge-

schehen –, mit Ihrer Unterstützung rechnen können oder aber mit einer grundsätzlichen Distanzierung leben müssen.

Wir werden in jedem Fall alle unsere Wege offen halten, die wir aufgezeigt haben, und alles in unserer Kraft Stehende tun, um nicht nur Opel, sondern auch anderen Unternehmen die Hilfe zu geben, um die – hoffentlich kurzen – temporären Herausforderungen zu bestehen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

**Präsident Mertes:**

Ich erteile nun Herrn Kollegen Mertin das Wort.

**Abg. Mertin, FDP:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben derzeit in Rheinland-Pfalz, dass viele Menschen, die im Bereich der Automobilbranche tätig sind, Sorge haben. Dies betrifft natürlich – öffentlich sehr stark wahrgenommen – das Unternehmen Opel, aber auch viele andere Automobilzulieferer, sei es Rasselstein, sei es Recaro oder andere, die nicht nur Opel, sondern auch andere Automobilkonzerne beliefern.

Deswegen ist es richtig und vernünftig, dass wir als Staat um unsere Standorte kämpfen und wir uns jeweils sehr sorgfältig anschauen, wo die Gründe für das Problem liegen. Bei Opel muss man feststellen, dass das Problem nicht nur – vielleicht am wenigsten – die derzeitige Finanzkrise ist, sondern dort besteht ein Managementproblem mit einer falschen Modellpolitik über viele Jahre hinweg.

(Beifall bei der FDP –  
Creutzmann, FDP: So ist es!)

Dies wird deutlich, wenn ich mir anschau, wie lange Opel beispielsweise gebraucht hat, bis man dort überhaupt einmal auf Dieselmotoren gesetzt hat, während andere schon längst gute Geschäfte damit gemacht haben.

(Baldauf, CDU: Das hilft aber Kaiserslautern nicht weiter!)

Die Dieselmotoren bei Opel wurden eine Zeitlang von BMW eingekauft, weil Opel selbst gar keine hergestellt hat. Es wäre vielleicht für Kaiserslautern viel besser gewesen, wenn man dort frühzeitig Dieselmotoren hergestellt hätte.

Ich sage dies nicht, um die Menschen, die nun in Kaiserslautern oder an anderen Standorten von Opel arbeiten, zu kritisieren. Dass sie gute und leistungsfähige Arbeit abliefern und am Markt durchsetzbare Produkte herstellen können, sieht man an dem jetzigen Modell „Insignia“. Sie sind in der Lage, dies zu tun.

(Beifall der FDP)

Sie sind nur jahrelang daran gehindert worden, es zu tun.

Wenn wir nun darüber nachdenken, wie wir dort helfen können, muss natürlich auch ein sachliches Konzept erarbeitet werden, das glaubwürdig ist

(Beifall der FDP)

und nach außen für Dritte vermittelbar deutlich macht, dass die Probleme, die es bisher gab, aufgehoben werden und es eine vernünftige Zukunftsperspektive für Opel gibt; denn wenn wir dort tätig werden – machen wir uns nichts vor –, sind die Spielräume für uns außerordentlich eng, egal, welches Modell wir fahren. Jede Hilfe dort kann dazu führen, dass anderswo unter Umständen Maßnahmen ergriffen werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Umso besser abgesichert müssen die Dinge sein, die wir in Rheinland-Pfalz auf den Weg bringen.

Wenn es darum geht, zu entscheiden, ob wir in Rheinland-Pfalz mit Hilfen einsteigen, müssen wir natürlich auch sehr stark im Blickpunkt haben, wie unsere Interessen wahrgenommen werden. Es kann schließlich nicht wahr sein, dass wir mit Bürgschaften oder sonstigen Geldern, die wir zur Verfügung stellen, den Arbeitsplatzverlust anderswo finanzieren und bei uns Sozialpläne aufstellen müssen. Das wäre keine gerechte Arbeitsteilung, wenn es darum geht, Opel insgesamt an dieser Stelle voranzubringen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wichtig ist, dass man eben nicht die Augen davor verschließt, dass ein vernünftiges Unternehmens- und Betriebskonzept für Opel erstellt werden muss, das wir auch anderen gegenüber glaubwürdig nach außen hin vertreten können. Dass dort vernünftige Arbeit geleistet wird und gute Produkte hergestellt werden können, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es Interessenten gibt, die natürlich auch eigene Interessen haben. – Das ist völlig logisch, sonst würden sie sich nicht für Opel interessieren.

Wir müssen uns sehr sorgfältig anschauen, welche Art und Weise der zukünftigen Führung dieses Unternehmens sie uns vorschlagen und was aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz unterstützenswert ist. Nicht alles, was möglicherweise jemand vorschlägt, ist aus unserer Sicht auch unterstützenswert, und deshalb muss dies sehr sorgfältig und sehr nüchtern analysiert werden.

(Beifall der FDP)

Bedauerlicherweise liegen aber solche Konzepte noch nicht vor, und deshalb muss man darauf dringen, dass sie schnellstmöglich erarbeitet werden.

Natürlich lese ich gern in der Zeitung, dass nun 70.000 Insignia für den US-amerikanischen Markt gebaut werden sollen. Aber ich bin auch ein wenig traurig, wenn ich gleichzeitig lese, dass GM der Auftraggeber ist. – Ob GM in den nächsten Monaten noch da ist, weiß doch

keiner. Der Auftrag ist sehr schön, aber ob sie ihn bezahlen können, ist eine ganz andere Frage. Auch solche Dinge müssen doch mit ins Kalkül gezogen werden. Wir sind nicht die Alleinhandelnden, wir sind sogar auf diesem Tableau diejenigen, die am wenigsten Einflussmöglichkeiten haben; denn immer noch ist GM Eigentümer von Opel, und natürlich hat GM auch entsprechende Verpflichtungen gegenüber der US-amerikanischen Regierung zu erfüllen. Dies ist also ein sehr dichtes Knäuel von Interessen, das innerhalb kürzester Zeit aufzulösen ist. Unsere Aufgabe ist es nun, sorgfältig darauf zu achten, dass unser Standort in Rheinland-Pfalz nicht verloren geht und wir beim Einsatz von Mitteln auch berücksichtigen, dass wir einen Standort haben, den wir gesichert haben wollen.

(Beifall der FDP, der SPD und bei der CDU)

**Präsident Mertes:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Mohr das Wort.

**Abg. Frau Mohr, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich den Blick direkt aus der betroffenen Region auf dieses Problem lenke.

Für uns in der Westpfalz wie auch in Teilen von Rheinhessen und auch in dem Bereich um Mainz herum ist die aktuelle Situation mehr als die wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die Produktionsstandorte in Kaiserslautern und Rüsselsheim zu erhalten.

Die Opel-Krise hat z. B. für mich genauso wie für meine Kollegin Leppla und meinen Kollegen Wansch ein ganz persönliches Gesicht. Es ist das Gesicht unseres Nachbarn. Es ist das Gesicht des Vereinsvorsitzenden im Fußballverein. Es sind unsere Freunde, die betroffen sind. Das macht die Sache besonders schwer und legt uns auch ein hohes Maß an Verantwortung auf.

Im Raum Kaiserslautern sind rund 4.000 Mitarbeiter direkt betroffen. Es sind noch mehr, die indirekt über die Zulieferer mit in diesen Strudel hineingezogen werden können.

Mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 % steht der Arbeitsamtsbezirk Kaiserslautern – dazu gehören der Donnersbergkreis, Kusel, Stadt und Landkreis Kaiserslautern – zwar noch vergleichsweise gut da, doch viele Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet. Insgesamt sind es aktuell für Stadt und Landkreis Kaiserslautern 232 Betriebe. Es sind über 6.000 Mitarbeiter betroffen. Ich denke, auch darauf muss man ein wachsames Auge haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben aber gehört, wir können gerade in der Region Kaiserslautern auf sehr positiven Ansätzen aufbauen. Man mag sich streiten, ob Opel systemisch ist oder nicht. Eines ist sicher: Für die Westpfalz, für die Dörfer und Städte kann man den Opel-Standort als systemrelevant bezeichnen, weil neben den Existenzen der Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer im Werk und deren Familien gerade über die Zuliefererketten und die indirekt davon abhängigen Betriebe fast genauso viele Arbeitsplätze in mittelständischen Firmen daran gekoppelt sind.

Die Mitarbeiter der Betriebe sind darüber hinaus gerade in der Westpfalz tragende Säulen der konsumtiven und investiven Wertschöpfungskette. Das muss so bleiben.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: So ist es!)

Wir müssen verhindern, dass ein Geldmangel in der Region entsteht. Das wäre für unsere Städte und unsere Dörfer verheerend.

Meine Damen und Herren, gewöhnlich stehen aber solche volkswirtschaftlichen Zahlen oder Werte nicht in den Konzernbilanzen. Dort stehen nur die nackten Zahlen. Doch der Standort Kaiserslautern braucht sich hier auch bei diesen nackten Zahlen nicht zu verstecken.

In den letzten Jahren wurden viele Betriebsabläufe umgestaltet und Verbesserungen vorgenommen, sodass sich das Werk heute durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit auszeichnet.

Der Standort kann gerade im operativen Geschäft durchaus schwarze Zahlen sowie eine hohe Produktivität und erfahrene und motivierte Mitarbeiter vorweisen. Das haben uns alle Gespräche belegt, die wir in der letzten Zeit mit den Betriebsräten geführt haben. Das waren viele und lange Gespräche.

Trotzdem sehen wir in der aktuellen Situation auch eine gewisse Bedrohung. Wir sehen eine dunkle Wolke sehr bedrohlich über uns schweben. Aus diesem Bewusstsein heraus haben die Entscheidungsträger in der Region über alle Parteigrenzen hinweg Resolutionen und auch Briefe an den Wirtschaftsminister von Guttenberg verfasst, in denen sie ihre Erwartungen der Standorterhaltung mitgeteilt haben.

Der Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze ist unser aller vorrangiges Ziel. Das ist heute jedem klar geworden, glaube ich.

Es ist auch jedem klar geworden, dass die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie nicht einfach preisgegeben werden dürfen, wie es einige am Anfang gemeint haben. Ich bin froh, dass wir jetzt nicht mehr darüber diskutieren, ob wir Opel retten, sondern wir diskutieren darüber, wie dies geschieht.

Wir dürfen dabei aber Opel auch nicht an den Erstbesten verschenken, sondern wir müssen den Besten finden. Herr zu Guttenberg hat leider zu früh für Misstimmung und Misstrauen gesorgt, indem er den Anschein aufkommen ließ, er habe sich quasi bereits auf einen Interessenten festgelegt. Das ist offenbar jetzt in einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Adam Opel AG, das gestern in Berlin stattgefunden hat, bereinigt worden.

(Glocke des Präsidenten)

Es gibt auch eine Presseerklärung dazu. Ich bin froh und dankbar für diese Presseerklärung, die einvernehmlich herausgegeben wurde. Wir stehen zum Standort Opel, zu den Arbeitsplätzen und hinter den Mitarbeitern.

Danke schön.

(Beifall der SPD)

**Präsident Mertes:**

Das Wort hat Herr Kollege Baldauf.

**Abg. Baldauf, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wichtig ist es – daran sollten wir heute auch festhalten –, dass es uns allen zusammen um den Erhalt dieser Standorte geht und es uns allen zusammen darum geht, weitestmöglich die Arbeitsplätze zu erhalten, erstens wegen der persönlichen Betroffenheit der Menschen vor Ort, zweitens auch deshalb, weil gewisse Regionen auch zukunftsfähig bleiben müssen. Dazu gehört vor allem und insbesondere Kaiserslautern.

Klar ist auch – das wurde heute in großer Runde auch so angesprochen –, dafür braucht es ein nachhaltiges und sachlich sauberes Konzept. Es braucht eine Zukunftsperspektive. Es braucht eine Langfristigkeit, und es braucht selbstverständlich auch eine Glaubwürdigkeit und die entsprechende Sorgfalt, wenn man mit öffentlichen Mitteln Hilfen anbietet, dass diese auch für nachhaltige Zukunftsinvestition stehen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich verstehe Sie jetzt so – jetzt haben Sie es sich nicht nehmen lassen zu sagen, dass es einmal welche gibt, die mal so und mal so reden –,

(Zurufe von der SPD)

dass Sie das nicht auf dieses Plenum und dieses Gremium hier abwälzen wollten. Schauen Sie, dann könnte ich auch etwas zu Herrn Verheugen sagen. Herr Verheugen hat gesagt, er sieht die ganze Lösung für Opel nur mit ganz vorsichtigem Optimismus. Er spricht auch eher von mehr Gefahren als guten Dingen.

(Pörksen, SPD: Mit Optimismus!)

Wir sollten uns bitte in diesem Land angewöhnen – es geht um eine solch wichtige Geschichte und um so viele Arbeitsplätze –, lassen Sie uns hier gemeinsam dafür kämpfen. Von Ihnen erwarten wir – das müssen wir auch erwarten, dafür stellen Sie die Regierung –, dass Sie eine saubere und schlüssige Konzeption vorlegen und dafür kämpfen, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Das werden wir entsprechend kontrollieren.

(Beifall der CDU)

Sie gestatten mir bitte auch noch folgende Bemerkung: Es gibt natürlich einige Punkte, die hier in diesem Land ein wenig anders zu bewerten sind. Selbstverständlich

– Sie haben es mir zugerufen – habe ich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern über dieses Thema auch gesprochen. Es gibt einen kleinen Unterschied in diesem Land zu den anderen Bundesländern, der nicht unerheblich ist. Wir haben hier eine weit aus höhere Verschuldung im Landeshaushalt als jedes andere Bundesland.

(Harald Schweitzer, SPD: Wenn es nach Euch ginge, wäre die doch doppelt so hoch!)

Dann darf ich schon eine berechtigte Frage stellen. Sie stellen sich hin und sagen, Sie wollen finanzieren, unterstützen und sich auch direkt beteiligen. Ich darf die Frage stellen, Herr Ministerpräsident – es ist im Übrigen auch meine demokratische Pflicht –, wie Sie das im Einzelnen finanzieren wollen, wie Sie es nachhaltig finanzieren wollen. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich einen Satz zitieren, den Sie gestern geäußert haben, der mich doch etwas verwundert hat, weil ich mir die Frage stellen muss, ob man wirklich so nachhaltig Politik betreiben kann. Ich zitiere: Wir werden unsere Ausgabenprogramme im investiven Bereich geradeausfahren. Man muss auch die Schmerzen aushalten. – Dann haben Sie noch gesagt: Wir müssen uns auf eine ganz schwierige Phase der öffentlichen Finanzen einstellen. – Das hätten Sie vielleicht besser einmal vor zwölf, vor zehn oder vor acht Jahren auch schon gesagt,

(Hartloff, SPD: Dieses Geschwätz!)

als Sie uns im Übrigen schon ausgeglichene Haushalte angeboten und versprochen hatten.

(Nink, SPD: Thema verfehlt, Herr Kollege!)

Ich sage es jetzt ganz frank und frei, Herr Ministerpräsident: Ich wünsche Ihnen, dass Sie das mit Opel auch geregelt bekommen. – Davon dürfen Sie ausgehen. Ich sage auch ganz offen, ich hätte mir noch gewünscht, dass Sie noch einmal etwas zu Herrn zu Guttenberg gesagt hätten, der selbstverständlich versucht, das zu koordinieren. Das wissen Sie auch. Sie gehen gemeinsam diesen Weg. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das Treuhandmodell einmal in den Vordergrund stellen.

Es ist nun einmal so, man muss auch Schmerzen aushalten. Sie müssen die wenigsten Schmerzen aushalten. Das werden die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger aushalten müssen, wenn sie es nicht sauber machen. Darum bitte ich Sie herzlich!

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich begrüße Gäste bei uns im Landtag, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Herxheim am Berg, Mitglieder des VdK Oberdiebach/Manubach und Bürgerin-

nen und Bürger aus Worms. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Wahl von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz**  
**Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags**  
– Drucksache 15/3398 –

Ihnen wurde der Wahlvorschlag des Ältestenrates zur Wahl von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz verteilt. Es werden zwei Wahlvorschläge gemacht. Als ordentliches nicht berufsrichterliches Mitglied wird Frau Stephanie Theis, In den Spitzenäckern 20, Hahnheim, vorgeschlagen. Bei der Wahl ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Als stellvertretendes nicht berufsrichterliches Mitglied wird Frau Beate Läsch-Weber, Am Hofbrunnen 2, Heideweiler, vorgeschlagen. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Regierungserklärung**  
**„Für ein gutes Leben im Alter“**

dazu:

**Dem Älterwerden aller Generationen gerecht werden**  
**Antrag der Fraktion der CDU – EntschlieÙung –**  
– Drucksache 15/3403 –

Ich erteile Frau Ministerin Dreyer das Wort.

**Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete! Ein Menschheitsraum wird wahr: Wir Menschen werden immer älter, und die meisten Menschen können ihr Alter genießen. Wir gehen einer Gesellschaft des längeren Lebens entgegen. Das ist ein Geschenk.

Zusammen mit dem Rückgang der Geburten wird die gestiegene Lebenserwartung in Zukunft allerdings dazu führen, dass die Altersstruktur sich verändert. Im Verhältnis zu den Jüngeren wird der Anteil der älteren Menschen deutlich zunehmen.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Für Politik und Gesellschaft ist das Herausforderung und Chance zugleich. Die Herausforderung liegt vor allem in der sozialen Sicherung, der Infrastruktur, der Arbeit, der Qualifikation, auch der Sicherung der solidarischen Beziehungen zwischen Alt und Jung. Die Chancen lie-

gen im Wissen, der Kompetenz, dem Schatz an Lebenserfahrung und der Bereitschaft der älteren Menschen, aktiv zu bleiben und sich zu engagieren.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, die Landesregierung setzt bewusst auf Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens. In dieser Zielsetzung sehen wir uns auch bestärkt durch den im Mai letzten Jahres von SPD, CDU und FDP in diesem Hause beschlossenen Antrag zu den Zukunftsperspektiven für ältere Menschen. Die älteren Menschen von heute und erst recht die von morgen sind biologisch, sozial und auch psychisch deutlich jünger und aktiver als früher. Wir schaffen Rahmenbedingungen, damit sie ihre Kompetenzen und Erfahrungen nutzen und einbringen können. Denen, die Unterstützung brauchen, helfen wir, ihr Leben so lange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden und im vertrauten Wohnumfeld zu gestalten.

(Beifall der SPD)

Ziel der Landesregierung ist es, dass die gewonnene Lebenszeit mit einer guten Lebensqualität einhergeht. Wir möchten, dass die Menschen im Alter gut leben in Rheinland-Pfalz.

Dabei ist uns wichtig, dass die Sicherung der Lebensqualität im Alter die Jüngeren nicht über Gebühr belastet. Es geht uns um die solidarischen Beziehungen zwischen den Generationen. Junge und Alte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb bedeutet Seniorenpolitik heute auch, Ältere verstärkt mit einzubeziehen. Sie werden für den Erhalt der Lebensqualität in einer Gesellschaft des längeren Lebens dringend gebraucht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, ich bin Woche für Woche, Monat für Monat im Gespräch mit vielen älteren Menschen, ob bei Veranstaltungen, in Pflegeeinrichtungen oder den Häusern der Familie. Dabei ist mir klar geworden, dass wir die Grundideen, unser Bild vom Alter, den roten Faden, der unser politisches Handeln für ältere Menschen bestimmt, deutlicher machen müssen. Das will ich in dieser Regierungserklärung tun.

Das gesellschaftliche Altersbild ist immer noch von Vorurteilen geprägt. Alt sein bedeutet für viele, nicht mehr für sich selbst sorgen zu können, gebrechlich, hilfe- oder pflegebedürftig zu sein.

Demgegenüber haben die meisten älteren Bürger und Bürgerinnen heute jedoch die Chance, die gewonnenen Jahre bei guter Gesundheit zu gestalten. Sie fühlen sich noch voller Energie, wollen aktiv bleiben und ihre Erfahrungen einbringen.

Das vorherrschende Altersbild verkennt diese Entwicklung. Aber nicht nur das, auch auf die hilfebedürftigen älteren Menschen trifft es nicht zu. Ältere Menschen verfügen, ob hilfebedürftig oder nicht, über hohe emotio-

nale und kommunikative Kompetenzen. Sie haben einen besonderen Zugang zu ihren Enkeln, zu den jungen Menschen. Sie haben Geschichte erlebt und geschrieben und können sie erzählen. Häufig vermissen sie, dass ihre Lebensleistung und ihre Potentiale von der Gesellschaft anerkannt und wertgeschätzt werden. Deshalb brauchen wir ein neues Bild vom Alter.

Wir brauchen eine breite Diskussion über das Alter, die von Älteren, Alten und Jungen gemeinsam geführt wird. Wir müssen uns klar machen, dass es das Alter nicht mehr gibt, das heißt, wir müssen differenzieren zwischen den jungen Alten, den heute 60-Jährigen, die gerade erst in das Alter hineinwachsen, den älteren Menschen um die 80 Jahre, die noch gesund und aktiv sind, und all denen, die unsere Sorge und Unterstützung brauchen, die pflegebedürftig sind.

Was bedeuten die gewonnenen Jahre für den Einzelnen und für die Gesellschaft? Was machen wir mit diesem Geschenk an Leben? Es geht nicht mehr nur um Vorsorge für das Altenteil. Für viele geht es um zehn, zwanzig, in absehbarer Zeit sogar um bis zu 30 Jahre, die wir als ältere Menschen leben und gestalten können.

Das Alter ist ein Prozess, der heute länger dauert als unsere Jugend. Er umschließt nicht eine, sondern mehrere Generationen. Mehrere Generationen haben die Chance, ihre besonderen Kompetenzen und Erfahrungen für sich selbst zu nutzen und gesellschaftlich einzubringen.

Auch das gehört in die Diskussion um ein neues Altersbild: Mit welchen Generationen haben wir es zu tun? Wie definieren die Kriegskinder und die Nachkriegskinder ihr Alter? Was wünschen sie sich? Was brauchen sie? Wofür müssen und dürfen wir ihnen danken? Was sind sie bereit, uns weiterzugeben?

Die Landesregierung fördert diese Diskussion. Wir fördern, dass Jung und Alt gemeinsam Zukunftsprojekte, einen neuen Umgang mit dem Alter entwerfen, z. B. durch das Bürgergutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform, durch den BrückenPreis des Ministerpräsidenten, durch Begegnungen, Foren oder die Häuser für Familien, die Mehrgenerationenhäuser.

In vielen Bereichen unserer Politik orientieren wir uns bereits längst an einem neuen Bild des Alters. Ich werde das näher erläutern.

Auch in der Wirtschaft wurde das Altern jahrzehntelang als fortschreitender Verlust an Leistungsfähigkeit und Kompetenz verstanden. Gesucht wurden junge Beschäftigte, aktive und dynamische. Allmählich aber wird immer deutlicher, ältere Menschen sind ein Aktivposten.

(Beifall der SPD)

Sie haben etwas, das man in keiner Schule lernen kann, berufs- und betriebsspezifische Erfahrungen, vor allem aber Lebenserfahrungen.

Unternehmen, die auf das Wissen und die Kompetenzen ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bauen, gestalten Arbeitszeiten, Aufgaben und Abläufe heute al-

ternsgerecht. Sie orientieren sich dabei an den besonderen Bedürfnissen und Kompetenzen ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Sie bilden altersgemischte Teams und investieren in die Gesundheit ihrer Beschäftigten.

Um den notwendigen Wissenstransfer in die Betriebe zu organisieren, habe ich im letzten Jahr das Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit“ ins Leben gerufen. Zusammen mit den Betrieben erarbeitet es Konzepte, die die Gesundheit der Belegschaft, die Arbeitsbedingungen, Führungsgrundsätze, Mitarbeiterkompetenzen und die nötige Weiterbildung berücksichtigen.

Es bietet Einstiegsberatung, Fachberatung und mit dem „Online-Atlas Zukunftsfähige Arbeit“ eine leistungsfähige Internetplattform, die Unternehmen und Beschäftigten hilft, die passende Unterstützung zu finden.

In unterschiedlichen Branchen und Betrieben unseres Landes gibt es viele gute Beispiele für altersgerechtes Arbeiten. Ich nenne den Handwerksbetrieb Dachdecker Neger, bei dem ältere Dachdecker für die Kundenbetreuung und für Messeauftritte qualifiziert werden. Ich nenne die VR-Bank Südpfalz in Landau, wo ein Know-how-Transfer zwischen älteren und jüngeren Führungskräften entwickelt und ein Coaching zur Stressbewältigung für ältere Beschäftigte eingeführt wird.

Es gibt viele weitere Projekte, überall in unserem Land, die zeigen: Altersgerechtes Arbeiten nutzt Unternehmen und Beschäftigten. Die Landesregierung wird den Weg in diese Zukunft weiter aktiv unterstützen, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz im Alter gut leben können!

(Beifall der SPD)

Um die jüngere Generation in unserer älter werdenden Gesellschaft nicht zu überfordern, ist die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2029 unumgänglich. Genauso wichtig aber ist es uns, den Übergang von der Erwerbs- in die Ruhestandsphase flexibler zu gestalten und Altersarmut zu vermeiden.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die „Rente mit 67“ um zusätzliche Möglichkeiten eines flexiblen, gleitenden und sozial abgesicherten Übergangs in den Ruhestand ergänzt wird. Weder Anpassungen in der Arbeitswelt noch Änderungen im Rentenrecht allein reichen aus. Beide Ansätze müssen zusammenkommen.

Schon einige Jahre vor Erreichen der Altersgrenze sollte es möglich sein, einen Teil der gesetzlichen Altersrente zu beziehen und gleichzeitig bei reduzierter Arbeitszeit weiter zu arbeiten. Die Landesregierung hat und wird sich weiter dafür einsetzen, dass die rentenrechtlichen Voraussetzungen für dieses Übergangsmodell in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages geschaffen werden.

Erste Tarifverträge in der Chemischen Industrie, der Metall- und der Elektroindustrie zeigen, dass solche Ansätze umsetzbar sind. Besonders erfreulich finde ich, dass die vorhandenen Mittel auf beruflich stark belastete Gruppen wie Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter

konzentriert werden können. Um Einbußen nach dem endgültigen Ausscheiden aus dem Berufsleben auszuschließen, trete ich dafür ein, dass sich auch die Unternehmen an der Finanzierung solcher Modelle beteiligen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, nur wenn es gelingt, Wege zu finden, die für die Betroffenen auch gangbar sind, ist die Anhebung des Rentenalters auch für alle zumutbar! Das war und ist die Position der Landesregierung.

Zum 1. Juli dieses Jahres werden die Renten um 2,4 % steigen. Nach Jahren von Nullrunden oder geringer Rentenerhöhungen kommt der letzte Wirtschaftsaufschwung jetzt auch bei den Seniorinnen und Senioren an.

Dass ältere Menschen in unserem Land eine verlässliche Alterssicherung haben, muss auch oder erst recht für Krisenzeiten gelten. Negative Rentenanpassungen darf es in Deutschland nicht geben. Ich unterstütze deshalb nachdrücklich das Vorhaben von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, das Rentenrecht so zu gestalten, dass die Renten auch dann nicht sinken, wenn die sozialversicherungspflichtigen Einkommen wegen Kurzarbeit zurückgehen.

(Beifall der SPD)

Unser Ziel ist es, dass ältere Menschen auch in Zukunft armutsfeste Renten erhalten. Dabei sollten wir daran festhalten, dass Renten vor allen Dingen das Ergebnis der Beiträge sind, die während des Erwerbslebens in die Rentenversicherung fließen. Deshalb kommt es vor allem darauf an, die Erwerbsbiographien zu stärken.

Die Landesregierung hat sich nachdrücklich, unter anderem durch eine Bundesratsinitiative, für die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen eingesetzt.

(Beifall der SPD)

Mittlerweile sind etwa vier Millionen Beschäftigte in Deutschland durch Mindestlöhne geschützt. Das ist ein wichtiger Fortschritt. Ganz wichtig ist, dass jetzt auch die Pflege mit einbezogen ist. Das betrifft allein in Rheinland-Pfalz etwa 50.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, zur Stärkung der Erwerbsbiographien gehören auch die Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen, von Migranten und Migrantinnen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine zielgruppenorientierte Arbeitsmarktpolitik, eine Bildungspolitik, die auf Chancengleichheit setzt, die systematische Qualifizierung für das gesamte Arbeitsleben und darüber hinaus die umfassende Einbeziehung von Selbstständigen in die Rentenversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Wo solche vorbeugenden Ansätze nicht ausreichen, muss die Rentenversicherung soziale Benachteiligungen noch gezielter ausgleichen, z. B. für Pflege oder Kinder-

erziehung. Bedarf für Verbesserungen im Rentenrecht sehe ich bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Beiträge der Bundesagentur für Arbeit an die gesetzliche Rentenversicherung müssen dort noch deutlich erhöht werden.

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, für all diese Ziele steht die Landesregierung. Wir wollen soziale Sicherheit für die älteren Menschen. Wir wollen, dass sie gut leben in Rheinland-Pfalz. Dafür machen wir uns stark, dafür sorgen wir vor!

Meine sehr verehrten Herren und Damen, viele ältere Menschen bringen sich heute gesellschaftlich ein, und sie gestalten mit. Sie setzen sich in Familie, in Nachbarschaft, in Kommunen oder in Vereinen ehrenamtlich für die Gemeinschaft ein. Nach dem Engagementatlas 2009 liegt Rheinland-Pfalz beim bürgerschaftlichen Engagement im Ländervergleich mit 39 % auf einem Spitzenplatz. Dabei sind gerade die über 65-Jährigen immer häufiger aktiv.

Wir sollten begreifen: Ältere Menschen engagieren sich aus ganz unterschiedlichen Gründen. – Eines aber ist klar, ihr Engagement ist für sie nicht irgendeine „Spielwiese“, es hat vielmehr grundlegende Bedeutung. Es ist einerseits konstitutiv für die älteren Menschen selbst, für ihr Lebensgefühl und andererseits auch konstitutiv für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

(Beifall der SPD)

Umso wichtiger sind gute Rahmenbedingungen. Rheinland-Pfalz war eines der ersten Länder, das eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für ehrenamtlich Tätige eingeführt hat. Mit der Leitstelle „Bürgergesellschaft und Ehrenamt“, der Zeitung und der Internetseite "Wir-tun-was" und dem jährlichen Ehrenamtstag unterstützt die Landesregierung das ehrenamtliche Engagement.

Wir entwickeln und fördern neue Handlungsfelder freiwilligen Engagements, um den Wandel unserer Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Allein in den rund 180 geförderten Unterstützungsangeboten im Bereich der Pflege, z.B. Besuchsdiensten oder Betreuungsgruppen für demenziell erkrankte Menschen, die wir gerade einmal wenige Jahre fördern, sind bereits über 2.500 Ehrenamtliche – mehrheitlich Seniorinnen und Senioren – aktiv.

(Beifall bei der SPD)

Seit vielen Jahren fördert das Land die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V. und die Arbeit der inzwischen über 70 kommunalen Seniorenbeiräte. Wer sich engagiert, möchte auch in die Entscheidungsprozesse eingebunden sein. Die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände in unserem Land sind dabei wichtige Partner. Mit großem Erfolg hat sich Rheinland-Pfalz zwischen 2002 und 2006 am Bundesmodellprojekt „Erfahrungswissen für Initiativen“ beteiligt und es nach Abschluss eigenständig fortgesetzt. Heute gibt es in 15 rheinland-pfälzischen Kommunen 214 Frauen und Männer, die geschult wurden, ihr Wissen und ihre Erfahrung in neue Projekte einzubringen. Im Herbst dieses Jahres wollen wir interessierte Kommunen im Rahmen einer Tagung über die Ausbildung von SeniorTrainerinnen und

-Trainern informieren. Die Qualifizierung für ein selbst gewähltes Ehrenamt sollte selbstverständlich sein.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, wir brauchen das vielfältige bürgerschaftliche Engagement, gerade der älteren Menschen.

Was wir, die Politik, die Landesregierung und die ganze Gesellschaft, darüber hinaus aber ganz besonders brauchen, das ist das politische Selbstverständnis, das sind auch die Werte, für die die Generationen, die jetzt alt sind oder es langsam werden, stehen, für die sie gelebt haben!

Wir brauchen den anpackenden Fleiß, die Zuverlässigkeit, das soziale Denken und den Friedenswillen der Generation, die den Krieg noch erlebt hat. Niemand weiß besser als sie, dass wir alles für den Frieden tun müssen!

Wir brauchen die jungen Alten, den kritischen Geist, die politische Phantasie und Offenheit der 68er. Wir brauchen all die starken Frauen dieser Generationen,

(Pörksen, SPD: Und auch die Männer!)

jeden einzelnen älteren Menschen!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Sie alle haben die Fundamente geschaffen, auf denen wir aufbauen. Wir brauchen ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und auch ihre Emotionen, um aus der Geschichte zu lernen und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete! Dem neuen Verständnis vom Alter entspricht, dass zunehmend mehr Ältere auch andere Vorstellungen vom Wohnen haben. Deshalb sind neue Konzepte des Wohnens im Alter ein wichtiger Schwerpunkt der Politik der Landesregierung.

Ältere Menschen wünschen sich zweierlei: Sie wollen eigenständig, selbstbestimmt und unabhängig leben und wohnen, und sie wollen nicht allein sein. Sie suchen und brauchen Gemeinschaft, die sie in der Familie, mit Alt und Jung oder auch in neuen Nachbarschaften erleben.

Die Landesregierung unterstützt zahlreiche spannende Projekte neuen Wohnens, z. B. den Generationenhof Landau, den Eilhardshof in Neustadt an der Weinstraße, den „Grünen Hof“ in Mainz, das Haus Noah in Ludwigshafen oder Wohngemeinschaften für demenziell Erkrankte in verschiedenen Regionen des Landes. Wer Beratung zur Wohnungsanpassung und zum barrierefreien Bauen und Wohnen braucht, erhält sie bei uns. Mit Förderung der Landesregierung wurden die Beratungsangebote in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut.

Als Lobby und Selbstvertretung für gemeinschaftliche Wohnprojekte hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinschaftliches Wohnen in Rheinland-Pfalz“ im September 2007 gebildet. Auch sie wird vom Land finanziell unterstützt.

Finanzministerium, Innenministerium und Sozialministerium haben gemeinsam eine Vielzahl von Förderprogrammen für den Wohnungsbau und die Entwicklung neuer Nachbarschaften in Dörfern, Gemeinden und Städten auf den Weg gebracht. Mit dem Programm der Dorfkernerneuerung z. B. sollen Dörfer für ältere Bewohnerinnen und Bewohner attraktiver werden.

(Beifall der SPD)

Auch für Menschen mit Unterstützungs- oder Pflegebedarf entwickeln wir neue Konzepte des Wohnens. Zur Barrierefreiheit des Wohnraums hat die Landesregierung bereits umfassende Regelungen geschaffen, aber auch der Neubau, die Sanierung von Wohnraum – hier brauchen wir mehr Gemeinschaftsräume und Gästewohnungen – und das Wohnumfeld müssen noch stärker barrierefrei werden.

Mit dem Wohnformen- und Teilhabegesetz schafft die Landesregierung eine weitere Grundlage für das gemeinschaftliche Wohnen im Alter, auch bei Unterstützungs- und Pflegebedarf.

Maßstab all unserer Initiativen ist der Wunsch der älteren Menschen nach Selbstbestimmung und Gemeinschaft. Deshalb gehören auch die Projekte, die neue Nachbarschaften, vor allem den Dialog der Generationen fördern, zu den wichtigen Zielen unserer Politik.

Um im Alter gut leben zu können, wird eine gute Infrastruktur gebraucht. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für Mobilität. Deshalb ist der öffentliche Personennahverkehr flächendeckend auszubauen und der bewährte Rheinland-Pfalz-Takt im Zugverkehr mit dem Busverkehr zu verknüpfen.

Unser Ziel ist ein vollständig barrierefreier ÖPNV, das heißt, Busse und Bahnen sollten grundsätzlich ohne besondere Erschwernis und fremde Hilfe zugänglich sein. Hier arbeitet die Landesregierung – auch mit Blick auf Menschen mit Behinderungen – erfolgreich an Verbesserungen. Die Anpassung der Bahnsteighöhen z. B. ist ein wichtiger Aspekt der Modernisierung der Bahnhöfe.

Barrierefreiheit bedeutet aber noch mehr. Busse und Bahnen müssen insgesamt einfacher zu nutzen, Hinweisschilder verständlich, Fahrpläne lesbar und Fahrkartenautomaten leichter zu bedienen sein. Auch Geschäfte, Banken, Sparkassen, Arztpraxen, Verwaltungsgebäude, Theater, Kinos und Schwimmbäder müssen in diesem umfassenden Sinn barrierefrei werden. Ältere Menschen wollen sie gut erreichen und nutzen können.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, Mobilität im Alter heißt Teilhabe. Teilhabe in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz wird auch durch fahrende Geschäfte, durch Dorfläden und eine verlässliche Postzustellung gefördert.

(Beifall der SPD und der FDP)

Teilhabe bedeutet schließlich auch einen guten Zugang zum Internet, zu den neuen Medien, von wo auch immer.

Auch hier hat die Landesregierung vieles auf den Weg gebracht, z. B. die Breitband-Initiative Rheinland-Pfalz, mit der wir die flächendeckende Grundversorgung mit einem schnellen Zugang zum Internet erreichen wollen. Auch hier werden wir weiter aktiv bleiben.

Teilhabe – das will ich nicht vergessen hervorzuheben – wird vielen älteren Menschen auch durch bürgerschaftliches Engagement ermöglicht. Wenn ehrenamtliche Fahrerinnen oder Fahrer, oft pensionierte Busfahrer, Kleinbusse chauffieren, um ältere Menschen zum Arzt oder Einkaufen zu bringen, sind das Projekte, die die Landesregierung gerne fördert.

Mobilität durch Technik ist wichtig. Das kann eine Regierung in die Wege leiten. Mobilität aber durch bürgerschaftliche Unterstützung, z. B. Fahrdienste oder nur die Hilfe beim Einstieg, das ist menschliche Lebensqualität. Deshalb auch an dieser Stelle ganz herzlichen Dank an alle Aktiven für dieses Engagement.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, ältere Menschen sind künftig die größte Verbrauchergruppe. Der Landesregierung kommt es darauf an, sie als selbstbewusste Konsumentinnen und Konsumenten zu stärken.

Dafür ist wichtig, dass die Produkte altersgerecht und barrierefrei sind und ältere Menschen nicht als Verbraucher und Verbraucherinnen zweiter Klasse behandelt werden. Das beginnt bei altersgerechten Möbeln und Küchenmaschinen. Dazu gehören gut bedienbare Telefone, PCs und Handys, aber auch Treppenlifte oder motorisierte Rollläden.

Wichtig ist auch, dass die Produktwerbung und die Bedienungsanleitungen lesbar und verständlich sind. Ältere Menschen brauchen darüber hinaus auch eine spezielle Beratung und Serviceangebote, z. B. einen Lieferservice für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs.

Nicht zuletzt sollte die Palette der Produkte für ältere Menschen – ob Kleider, Schuhe, Spazierstöcke oder Rollies – moderner, also im zeitgemäßen Design, gestaltet werden. Das Alter ist bunt.

(Beifall bei der SPD)

So wird es heute gesehen und gelebt.

Ein gutes Beispiel für die Orientierung an den Bedürfnissen älterer Verbraucherinnen und Verbraucher ist die gemeinsam vom Gesundheits- und Wirtschaftsministerium gestartete Initiative „Gesundheitswirtschaft“. Sie stärkt die Anbieter in ihrem Bemühen, Gesundheitsleistungen aller Art als passgenaue Angebote für ältere Menschen zu entwickeln. Sie fördert die Kombination von Angeboten aus den Bereichen Prävention und Rehabilitation, neues Wohnen und neue Technologien. Sie wirkt darauf hin, dass mehr ergänzende seniorengerechte Produkte, z. B. gesunde Ernährungsangebote, barrierefreie Tourismus- und Freizeitangebote, bereitgestellt werden.

Meine sehr geehrten Herren, mein sehr geehrten Damen, die Gesundheitswirtschaft ist ein großer Zukunftsmarkt gerade auch für ältere Menschen. Wir sind dabei, die Potenziale dieses Marktes aktiv zu entwickeln. So wollen wir eines unserer Landesleitprojekte dem Thema "Selbstbestimmtes Leben im Alter durch Nutzung intelligenter Technologien" widmen.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen!

(Pörksen, SPD: Frau Präsidentin! –  
Hartloff, SPD: Das ist zu viel gegendert,  
Frau Ministerin! –  
Vereinzelt Heiterkeit)

– Das war ein fliegender Wechsel.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, wenn wir jemandem zum Geburtstag gratulieren, wünschen wir Glück und vor allem Gesundheit. Gesundheit ist uns wichtig: Gesundheit bis ins hohe Alter.

Dieser Wunsch, früher meist wohl ein Wunschtraum, kann für die meisten heute in Erfüllung gehen, wenn wir uns rechtzeitig und aktiv darauf einstellen. Es ist das Ziel der Landesregierung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den älteren Menschen in unserem Land ermöglichen, bei guter Gesundheit alt zu werden.

Dazu gehört, dass die Gesundheitsförderung schon im Berufsleben gestärkt, Vorsorge „belohnt“ und die Bewegungs- und Sportangebote für Ältere deutlich ausgebaut werden. Wir wollen die gesundheitlichen Erfolge von Bewegung und Sport, besonders für ältere, aber auch für hoch betagte Menschen, durch Aufklärung und Aktionsprogramme stärker verdeutlichen.

Deshalb habe ich die von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung im Auftrag meines Ministeriums durchgeführte Bewegungskampagne um ein ganzes Bündel von Angeboten speziell für Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen und Begegnungsstätten erweitert.

Daher habe ich mich auf der Bundesebene energisch für ein Präventionsgesetz eingesetzt. Die Bundesgesundheitsministerin und die Mehrheit der Länder waren sich einig, doch leider fehlte es an der notwendigen Zustimmung vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wir bleiben aber dran.

(Beifall der SPD)

Als Gesundheitsministerin kann ich Ihnen versichern, dass die Bevölkerung unseres Landes in jeder Hinsicht gesundheitlich gut versorgt ist. Die Gewährleistung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung ist und bleibt ein zentrales Ziel der Landesregierung.

Mit unserer Krankenhausplanung schaffen wir die Voraussetzung für ein wohnortnahes und zugleich spezialisiertes Krankenhausangebot. Die klinischen Abteilungen in den Krankenhäusern müssen die geriatrischen Aspekte jedoch noch stärker berücksichtigen, um den besonderen Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu wer-

den. Hierzu entwickeln wir mit unseren Partnern zurzeit ein Landes-Geriatrie-Konzept.

Auch im ambulanten Sektor sind wir gut aufgestellt. Hier gilt es vor allem, die hausärztliche Versorgung auch für die Zukunft wohnortnah sicherzustellen. Das ist das Ziel des von mir mit der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, der Landesärztekammer und dem Hausärzteverband vereinbarten Masterplans, den ich in diesem Haus bereits mehrfach vorgestellt habe.

Nur eines noch: Auch wenn der Sicherstellungsauftrag für die ambulante ärztliche Versorgung bei der Kassenärztlichen Vereinigung liegt, tut die Landesregierung alles für die wohnortnahe Versorgung gerade auch für die vielen älteren Menschen auf dem Land.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, die menschenwürdige Pflege und Betreuung im Alter war genauso wie die flächendeckende Gesundheitsversorgung Gegenstand vieler Debatten in diesem Hause. Deshalb fasse ich mich kurz.

Das oberste Ziel meiner Pflegepolitik ist es, Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen. Ich will, dass auch altersverwirrte Menschen gut in Rheinland-Pfalz leben können.

Der Schwerpunkt unserer Maßnahmen liegt gegenwärtig beim Ausbau sozialräumlicher Versorgungsstrukturen. Wir wollen pflegebedürftigen älteren Menschen ermöglichen, zu Hause zu bleiben. Dafür schaffen wir in Weiterentwicklung der Beratungs- und Koordinierungsstellen flächendeckend Pflegestützpunkte. Dafür haben wir für pflegende Angehörige Schulungen initiiert und entwickeln jetzt Konzepte, die alle Ressourcen vor Ort, die die Pflege eines älteren Menschen sichern, zu einer örtlichen Pflegestruktur zusammenbinden.

Das Land Rheinland-Pfalz hilft pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen aktiv und erfolgreich. Wir haben unbestritten bundesweit Vorreiterfunktion.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, „ein gutes Leben im Alter“ – das ist der Wunsch der jungen und älteren Menschen in unserem Land. Das ist das Ziel der Politik der Landesregierung und vor allem auch eine realistische Perspektive.

Dafür arbeitet die Landesregierung. Dafür entwickeln wir Konzepte und Strukturen, nämlich für ein altersgerechtes Arbeiten, einen flexiblen Übergang in den Ruhestand, soziale Sicherheit, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, ein neues Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Prävention und Pflege.

Wir haben schon viel erreicht. Wir haben vor allem wichtige Weichen gestellt. Jetzt ist es uns wichtig, alle Aktivitäten und alle Initiativen in unserem Land, die diesem Wandel dienen, in einem Landesaktionsplan zusam-

menzuführen – einem Aktionsplan für ein gutes Altern in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Wir werden Vertreter und Vertreterinnen der älteren Generation, aber auch der jungen Menschen, die kommunalen Seniorenbeiräte, die Seniorenbüros und zahlreichen Initiativen vor Ort zusammenführen, um diesen Aktionsplan gemeinsam mit ihnen zu entwickeln.

Die Politik für ältere Menschen hat die Aufgabe, den Wandel zu gestalten. Mein Ziel ist es, dass die älteren Menschen selbstbestimmt und in Gemeinschaft leben können, und zwar so, wie sie es wollen. Gemeinsam mit unseren Partnern und Partnerinnen, in einem engen Dialog auch mit der jungen Generation und vor allem gemeinsam mit den älteren Menschen selbst werde ich mit aller Kraft auch in Zukunft für ein gutes Leben im Alter arbeiten.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Vielen Dank, Frau Ministerin Dreyer.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rüdgel das Wort.

**Abg. Rüdgel, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im November 2007 hat die CDU-Fraktion ein Landessenioren-Gesamtkonzept gefordert. Im letzten Jahr hat der Landtag auf unsere Initiative hin ausführlich über Seniorenpolitik debattiert.

Frau Ministerin, wir haben nicht die Erwartungshaltung, dass Sie jedes Mal, wenn Sie unsere Anträge umsetzen, eine Regierungserklärung abgeben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen es als zentralen politischen Gestaltungsauftrag, eine verlässliche und kreative Politik für die ältere Generation zu machen. Ältere Menschen müssen spüren, dass die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse für sie einen Gewinn an Lebensqualität bringen und zu mehr Beteiligung und größeren Entscheidungsspielräumen führen.

Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik muss zudem berücksichtigen, dass Bedürfnisse, Fähigkeiten und Lebenslagen der 60- bis über 100-Jährigen höchst unterschiedlich sind. Ältere Menschen verfügen über Erfahrungen und Kompetenzen, auf die wir nicht mehr verzichten können. Daher muss alles getan werden, um deren aktive Teilhabe und Potenziale in allen Bereichen zu fördern.

Viele Seniorinnen und Senioren sind zu einer Fortsetzung ihres Engagements in Beruf, Wirtschaft, Familie und Gesellschaft bereit. Sie verfügen über ein reiches Erfahrungswissen aus ihrem Berufsleben und ihrer Familienarbeit. Dennoch haben es gerade ältere Arbeitnehmer oft schwerer auf dem Arbeitsmarkt. Viel zu häufig werden sie zu früh in Rente geschickt oder finden aus der Arbeitslosigkeit heraus keine neue Anstellung.

Unternehmen und Betriebe verschenken dadurch wertvolles Potenzial. Menschen in Deutschland leben heute fast 30 Jahre länger als noch vor gut 100 Jahren, scheiden aber immer früher aus gesellschaftlichen Funktions- und Verantwortungsbereichen aus. In Deutschland sind heute im Alter von 55 bis 64 Jahren gerade noch vier von zehn Menschen erwerbstätig. Dieser Weg ist falsch.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger im fortgeschrittenen Alter wollen sich keineswegs völlig aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zurückziehen. Sie möchten sich mit dem ganzen Schatz ihrer kulturellen und beruflichen Lebenserfahrung einbringen und mit ihrer Bildung und ihrem Wissen aktiv bleiben.

Unsere Devise muss lauten: Lieber Weiterbildung mit 50 als Rente mit 60. – Die Forderung nach flächendeckenden Mindestlöhnen ist grundsätzlich der falsche Weg. Mindestlöhne vernichten geradezu Beschäftigungschancen in Deutschland. Mindesteinkommen und Mindestrente sind vernünftiger Forderungen.

(Beifall der CDU –  
Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Viele Senioren haben Zukunftssorgen. Rentenlasten, Gesundheitsausgaben und Pflegekosten wachsen in den nächsten Jahren enorm und ruhen auf den Schultern von immer weniger Menschen, die Beiträge in die Sozialversicherung zahlen. All das beschäftigt ältere Menschen mit der Sorge, auf diese Veränderungen nicht mehr ausreichend reagieren zu können. Wir dürfen bei der Lösung dieser großen Herausforderung weder die Jugend überfordern noch die Älteren im Stich lassen.

Doch das Thema „Alter“ darf nicht ausschließlich unter Kostenaspekten diskutiert werden. Betrachtet man, welche harten und schwierigen Lebensumstände viele Menschen der älteren Generation bewältigt haben und vergleicht man die Lebensumstände von damals mit denen von heute, so zeigen sich die Leistungen dieser Generation. Viele Ältere hatten es sehr viel schwerer und waren sehr viel stärker belastet. Einschränkungen und Verzicht sind der rote Faden in vielen Lebensläufen dieser Generation.

Die Bildungsmöglichkeiten waren eingeschränkt. Schwere Arbeit und wenig Freizeit prägten den Alltag. Dennoch hatten damals mehr Menschen den Mut, eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen. Sie hatten Freude an dem Zusammenleben mit Kindern und Vertrauen in die Zukunft.

Ich will die Vergangenheit nicht verklären, und ich will nicht abstreiten, dass der demografische Wandel die Gesellschaft vor gewaltige Hausforderungen stellt.

Gerade zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels müssen wir deutliche Veränderungen bewirken: im Arbeitsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen, beim Abbau der Staatsverschuldung, bei der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt in der Bildungs- und Familienpolitik.

Ganz wichtig ist dabei, das Alter nicht in pessimistischer Weise zu sehen oder mit vielen Fragezeichen zu betrachten, sondern vor allem die Chancen des Alters hervorzuheben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Mut haben, Neues auszuprobieren und aus guten Beispielen zu lernen. Der älteren Generation dies zu ermöglichen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Deshalb brauchen wir ein neues Altersbild, das die Fähigkeiten älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft anerkennt und wertschätzt.

Die großen Potenziale der älteren Generation, insbesondere im Bereich des ehrenamtlichen Engagements müssen systematisch gefördert werden. Viele der älteren Menschen haben ein tiefes Bedürfnis, Bleibendes zu schaffen und Aufgaben auch jenseits der eigenen Familie zu übernehmen. Sie warten nur darauf, dass man sie mehr in die Verantwortung nimmt. Aber sie brauchen auch Impulse aus der Gesellschaft, sich zu engagieren. Hier muss unsere Politik ansetzen. Mitmischen statt zuschauen, aktiv bleiben und dazugehören, sind zentrale Wünsche der meisten Menschen. Dies verändert sich nicht, wenn das Berufsleben abgeschlossen ist und die Kinder groß sind.

Mit steigender Lebenserwartung von Frauen und Männern steigt auch die Zahl der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen. Auch die Zahl der Demenzerkrankungen wächst. Wir müssen den hilfe- und pflegebedürftigen Menschen Unterstützung, Schutz und Hilfe anbieten. Wichtig ist dabei, dass ein möglichst langer Lebensabschnitt in der gewohnten häuslichen Umgebung sichergestellt werden kann. Das wird uns nicht immer gelingen. Es muss sich aber jeder darauf verlassen können, dass die von ihm abgerufene Hilfe, ob ambulant oder stationär, einem hohen Qualitätsstandard entspricht.

Ein wichtiger Pfeiler einer guten Altenpolitik betrifft die Absicherung der Pflege und die Sorge für eine Qualitätssicherung in der Pflege. Der Wandel des Familienbildes stellt jene traditionellen Strukturen infrage, in die die Älteren und Pflegebedürftigen bislang eingebettet waren.

Wir haben einen bunten Strauß an Aufgaben im Interesse der ganzen Gesellschaft für die ältere Generation zu erfüllen. Die Schaffung eines modernen Heimgesetzes ist eine davon.

Die Landesregierung hat jetzt auf Basis der CDU-Konzeption einen Entwurf vorgelegt, den wir in den nächsten Wochen diskutieren werden.

Zum Verfahren hätte ich mir mehr Kooperation gewünscht. Aber ich will meine Redezeit nicht dafür

verbrauchen, über den Stil der Landesregierung zu philosophieren.

Die CDU-Landtagsfraktion hat jedenfalls einen allseits geschätzten Entwurf für ein Heim- und Wohnformenqualitätsgesetz eingebracht. Ziel ist es, älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen. Deshalb sollen die Rechte der Betreuten und Angehörigen gestärkt, die Transparenz von Betreuung und Pflege verbessert, eine Vielfalt an Einrichtungen sowie deren flexible Weiterentwicklung gewährleistet werden.

Die Situation einer Pflegebedürftigkeit ist ein gravierender Einschnitt im Leben eines betroffenen Menschen. Fürsprache, Respekt, Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung sind dabei wichtige Grundvoraussetzungen, älteren Menschen Angst vor einer Pflegebedürftigkeit zu nehmen. Deshalb konzentriert sich unser Gesetzentwurf auf die Schwerpunkte mehr Qualität, mehr Mitwirkung und Mitbestimmung, mehr Transparenz und Informationsmöglichkeiten, mehr Innovation und weniger Bürokratie.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Ihre Unentschlossenheit in der Seniorenpolitik,

(Widerspruch von der SPD)

die sich schon im Wechsel des Themas Ihrer Regierungserklärung ausdrückt, hat uns dazu bewogen, einen Orientierung gebenden Initiativantrag einzubringen. Wir fordern unter IV Nr. 2 ein Landesseniorenkonzept.

Die meisten Senioren haben im Vergleich zu ihren Eltern und Großeltern viele gesunde und weitgehend beschwerdefreie Jahre gewonnen. Aber wie werden die gewonnenen Jahre gefüllt und genutzt? Wie sieht die Politik für eine Gesellschaft des langen Lebens aus? – Mit einem Initiativantrag „Dem Älterwerden aller Generationen gerecht werden“ entwickeln wir programmatische Aussagen zu einer seniorenpolitischen Zukunftsperspektive. Wir brauchen ein Landesseniorengesamtkonzept, das der Situation, dem Selbstverständnis, dem Potenzial und den Vorstellungen älterer Menschen in unserem Land gerecht wird.

Im Kern muss dieses Konzept folgende Rahmenbedingungen erfüllen:

Erstens müssen die Voraussetzungen für eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung gegeben sein. Hierzu gehören seniorengerechte barrierefreie Wohnangebote und Wohnformen, seniorengerechte Wohnumfelder und seniorengerecht gehaltene öffentliche Räume und Strukturen zur Gewährleistung von Sicherheit, Schutz vor Gewalt und geeignete Hilfs- und Dienstangebote gerade auch in der Fläche.

Zweitens müssen ältere Menschen durch Vermittlung von Erfahrung und Wissen eine aktive Lebensgestaltung im Alter führen dürfen. Hierzu zählt auch eine gezielte Förderung der Mobilität älterer Menschen.

Drittens muss eine seniorengerechte flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversorgung unter hohen Quali-

täts- und Transparenzanforderungen sichergestellt werden, auch unter besonderer Berücksichtigung von Prävention und Rehabilitation.

Viertens muss eine stärkere Integration älterer Menschen im gesellschaftspolitischen Leben erfolgen.

Fünftens müssen Beschäftigungschancen für ältere Menschen stärker genutzt werden.

Sechstens muss das Wissen über ältere Menschen vertieft werden.

Siebtens müssen seniorenpolitische Belange wie Verbraucherschutz gestärkt werden.

Achtens brauchen wir Generationensolidarität statt Generationenkonflikt. Hierzu gehört es, für ein Bild des Alters und des Alterns einzutreten, das der Leistung von Seniorinnen und Senioren gerecht wird. Das muss sich auch in einer nachhaltig gesicherten und berechenbaren Altersversorgung dokumentieren.

Neuntens muss die Vielfalt des Alters beachtet werden. Diese Vielfalt baut eine Brücke von der Prävention bis zur Endlichkeit des Lebens. Prävention in einem umfassenden Sinne bedeutet, das eigene Wohlbefinden und die eigene Leistungskraft durch gesunde Ernährung, körperliche Bewegung, geistige Betätigung und soziale Kontakte positiv zu beeinflussen.

Dies ist eine Leistung, die hohen Respekt verdient.

Noch mehr Respekt verdienen Menschen, die sich mit der Verletzlichkeit und Endlichkeit des Lebens auseinandersetzen und sich der Aufgabe stellen, sich mit dem Sterben auseinanderzusetzen und für sich und ihre Familie Vorsorge zu treffen.

Politik für eine Gesellschaft des langen Lebens baut Schulden ab. Wir wollen ein Land, das in die Zukunft seiner Kinder investiert und nicht auf deren Kosten lebt. Nur durch eine solide Finanzpolitik und eine konsequente Haushaltskonsolidierung gewinnen wir wieder Handlungsspielräume, um die finanziellen Folgen der demografischen Entwicklung für die öffentlichen Haushalte und in den sozialen Sicherungssystemen abzufedern.

Für die CDU-Fraktion gehört es zu den vitalen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, dass Ältere ihren Platz in der Mitte der Gemeinschaft behalten und ihr Leben aktiv und selbstbestimmt führen.

Die CDU-Fraktion fühlt sich deshalb der stetig wachsenden älteren Generation und einer Politik in besonderer Weise verbunden, die dem Älterwerden aller Generationen gerecht wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dröscher das Wort.

**Abg. Dröscher, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den 80er-Jahren habe ich an einer Tagung teilgenommen, deren Titel lautete „Die Zukunft des Alters ist das Leben“. Es ging dabei um die damals noch recht neuen Erkenntnisse über den demografischen Wandel und die damit zusammenhängenden Herausforderungen und Chancen für unsere Gesellschaft.

Es ist zugegebenermaßen ein optimistischer Titel. Aber er bringt auf den Punkt, um was es in der Regierungserklärung von Frau Ministerin Malu Dreyer geht; denn die Fragestellung heißt: Wie begreifen und gestalten wir als Gesellschaft, aber auch individuell unsere gewonnene Lebenszeit als sinnvollen und positiven Lebensabschnitt? Oder auch: Wie muss eine Gesellschaft aussehen, welche Rahmenbedingungen muss Politik, auch Landes- und Kommunalpolitik, schaffen, und welche Aufgaben stellen sich dem Einzelnen selbst?

Nach meiner Überzeugung hat Frau Ministerin Dreyer diese Fragen in ihrer Regierungserklärung „Für ein gutes Leben im Alter“ für die Landespolitik in Rheinland-Pfalz beantwortet und kann dabei auf ein breites Spektrum von Aktivitäten und Initiativen verweisen.

(Beifall der SPD)

Vieles deckt sich mit den Aussagen und Zielen des im vergangenen Jahr von den drei Fraktionen gemeinsam eingebrachten und verabschiedeten Antrags „Zukunftsperspektiven für ältere Menschen“ mit dem Untertitel „Altern als Chance begreifen, Potenziale des demografischen Wandels nutzen, die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens gestalten.“

Auch der heute eingereichte Entschließungsantrag der CDU-Fraktion enthält – soweit ich das in der Kürze der Zeit nachvollziehen konnte – eigentlich die Grundlagen dieses Antrags. Neues oder – wie Herr Rüdell gesagt hat – Orientierungen konnte ich nicht entdecken.

(Pörksen, SPD: Das wäre auch neu!)

Das ist natürlich auch nicht ehrenrührig, wenn man bewährte Dinge wieder vorträgt.

(Beifall bei der SPD)

Dem Vorschlag der Landesregierung, alle Initiativen und Aktivitäten in unserem Land in einem Landesaktionsplan für ein gutes Altern in Rheinland-Pfalz zusammenzuführen, setzt der Entschließungsantrag der CDU die Forderung nach einem Landes Seniorenkonzept entgegen. Um es vorweg zu sagen, die SPD-Fraktion schlägt vor, diesen Entschließungsantrag mit zur weiteren Diskussion an den Ausschuss zu überweisen.

Die Fülle des Materials, das uns nun vorliegt, beweist auch, dass die Realität einer Gesellschaft des längeren Lebens in unserem Bewusstsein und in unseren Köpfen wirklich angekommen ist. Ein gutes Leben im Alter, oder: Wie wollen wir – uns geht es auch an – zukünftig leben? Die Antwort scheint zunächst recht einfach und leicht durch einfache Nachfrage abzurufen: Geistig und kör-

perlich fit, sozial eingebunden und finanziell abgesichert sein. – Ich glaube, das wird in vielen Fällen die Antwort sein.

Ich möchte aber doch, um zu zeigen, dass die Antwort nicht ganz so einfach zu geben ist, auf einige Einzelaspekte des Regierungsentwurfs näher eingehen, auf einige Stichworte. Einen Teil wird dann meine Kollegin Frau Anklam-Trapp nachher ergänzen.

Zunächst einmal gehe ich auf das Stichwort „Neues Altersbild“ und da vor allem auf die Frage der Heterogenität, der Differenzierung des Alters ein, auf eine Dynamik der Lebensläufe; denn die Alten von vor zehn Jahren sind nicht die Alten von heute und werden auch nicht die Alten in zehn Jahren sein.

Die Worte „die Alten“ trügen ja schon; denn Altersidentität und Lebensläufe unterscheiden sich in einem erheblichen Maße. Es gibt den klassischen Ansatz, der zwischen jungen Alten und Hochbetagten unterscheidet, das sogenannte dritte und vierte Lebensalter.

Neuere Studien zeigen auch hier eine zunehmende Heterogenität. Auch die Frage körperlicher Funktionsfähigkeit, geistiger Leistungsfähigkeit, die Frage des Selbst und der Persönlichkeit unterliegen eher wachsendem Einfluss des sozial-ökonomischen Status als dem kalendarischen Alter, also dynamische Entwicklung, unterschiedliche Altersbilder, etwas, was in unserer Gesellschaft zu berücksichtigen ist und was auch in der Frage unserer Politik eine große Rolle spielen muss.

Zweites Stichwort „Länger gesund und motiviert arbeiten“: Die Beschäftigungsquote in Deutschland – da muss ich Herrn Rüdell korrigieren –, die er genannt hat mit 40 % der 55-Jährigen bis 64-Jährigen, stammt aus dem Fünften Altenbericht. Mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze hat sich das verändert. Wir sind mittlerweile schon fast an dem Ziel, das in diesem Altenbericht drin steht, nämlich 2010 bei 50 % zu sein.

(Beifall der SPD)

Damit liegen wir immer noch hinter Japan, den USA, den skandinavischen Ländern und Kanada, aber weit vor Frankreich und Italien. Diese Länder werden damit in Zukunft auch noch erhebliche Probleme haben.

Die Beschäftigungsquote ist gesteigert worden, muss aber noch weiter gesteigert werden; denn das Ziel muss auch sein, möglichst lange selbstbestimmt am Erwerbsleben teilzunehmen und die Chance zu haben. Da ist unsere Kreativität in der Politik gefragt, dies mit anderen selbstbestimmten Aktivitäten zu kombinieren.

Dazu gehören vor allem Bildung und Weiterbildung. Wir haben in Deutschland – das zeigt der Fünfte Altenbericht auch schon – ein Problem, dass die älteren Menschen bei uns bei der betrieblichen Weiterbildung zu wenig berücksichtigt werden. Ältere bekommen von ihren Arbeitgebern oft keine Chance, an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Gerade das ist eine große Gefahr in Richtung Arbeitslosigkeit und Altersarmut; denn Menschen mit geringem Bildungsniveau sind davon besonders betroffen.

Auch die Verteilung von Vermögen und Alterseinkommen, auf die ich nachher noch einmal zurückkomme, ist untrennbar mit diesem Bildungsniveau verbunden. Dabei gibt es ein großes Interesse auch bei den Älteren an beruflicher und privater Weiterbildung. Der vor Jahren schon wachsende Trend, im Ruhestand ein Studium aufzunehmen, zeigt das deutlich.

Ein bisschen hoffe ich auf den Bildungshunger der Älteren; denn das ist eine gute Chance, selbst etwas dafür zu tun, dass das Leben im Alter ein gutes Leben ist.

Die Beschäftigungsfähigkeit, altersgerechte Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten und flexible Sozialversicherungsregelungen sind allerdings nicht von den Älteren selbst zu regeln. Die müssen wir regeln, die müssen die Betriebe regeln. Hier ist erfreulich, dass es jetzt dieses Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit“ gibt, das sich um diese Dinge kümmert.

Gerade der Übergang vom Beruf in die Rente ist ein ganz wichtiger Bereich. Wir werden etwas dafür tun müssen, dass die Wahlmöglichkeiten des Übergangs in die dritte Lebensphase durch flexible Übergänge, durch Teilrente – die Ministerin hat es schon erwähnt – und einen Ausgleich von Erwerbsminderung besser als bisher geregelt werden.

Ich sage das auch als ein Abgeordneter, der ständig mit abgelehnten Anträgen bei Berufsgenossenschaften und Rentenversicherungen zu tun hat, die sicher zu Recht abgelehnt werden, aber aufzeigen, dass dieser abrupte Übergang nicht zu halten ist, sondern wir andere Übergänge finden müssen.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Das nächste Stichwort „Soziale Sicherheit“: Auch hier wurde gesagt, dass es sich im Wesentlichen um Armutsfestigkeit handeln sollte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber wir haben die Armutsgrenze nicht zwischen Alt und Jung oder zwischen den Mittleren, sondern diese Armutsgrenze, die Konfliktlinie, liegt zwischen den armen und den reichen Jungen und den armen und reichen Alten. Erbschaften bei den Jungen oder Alterssicherungsrücklagen bei den Älteren sorgen schon dafür, dass auch hier die Verteilungssituation ständig weiter auseinandergeht.

Die Frage der Generationensolidarität muss ergänzt werden um die Frage der Intergenerationensolidarität. Dieser Meinung bin ich. Das Wort „Generationengerechtigkeit“ verwende ich deshalb schon nicht gerne, weil es eine Chimäre ist, Generationengerechtigkeit zu erwarten. Wer einmal genau auf die Generationen unserer Eltern oder die Generation der jetzt Jungen schaut, der weiß, dass es Gerechtigkeit nicht geben wird, aber Generationensolidarität geben muss. Die Schicksale sind zu unterschiedlich.

(Beifall der SPD und des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ein kurzes Wort noch zu der Frage der Renten. Wir haben erlebt, dass es eher eine gefühlte Ungerechtigkeit bei den Renteneempfängern im Zusammenhang mit der

letzjtährigen Erhöhung um 0,5 % gibt und die Frage der Rentengarantie einen sehr emotionalen Hintergrund hat.

Die Frage, wie mit der Rente ab 67 umgehen, wie wir damit umgehen, dass wir das absichern auch mit der Möglichkeit, dass tatsächlich Menschen bis zu diesem Lebensalter im Erwerbsleben bleiben können, wird auch eine Zukunftsaufgabe sein. Ich habe vorhin schon auf Weiterbildung und Bildung hingewiesen. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung dazu.

Etwas, was relativ selten auch von uns behandelt wird, ist die Frage der Einsamkeit. Die Einsamkeit im Alter hat einen ganz realen Hintergrund, nämlich dass wir in unserer Stadt, in unserer Quartiersentwicklung über Jahrzehnte hinweg die Veränderung der demografischen Zusammensetzung nicht ausreichend berücksichtigt haben und sich die Frage der Gestaltung von Wohnquartieren in diesem Bereich erheblich auswirken kann. Wir haben dies ein wenig verlernt; denn es gab Zeiten, in denen wir mehr darüber gesprochen haben. Dies ist auch ein Punkt, den wir wieder lernen und anpacken müssen.

(Beifall der SPD)

Ich komme nun zu dem Stichwort „Eigenständigkeit und selbstbestimmtes Leben fördern und erhalten“. Ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, dass meine Kollegin Kathrin Anklam-Trapp nachher noch etwas zu den Fragen der Barrierefreiheit, des neuen Wohnens, der Mobilität und der Informationsgesellschaft sagen wird. Ich möchte mich nun auf die Fragen der Gesundheit und der Pflege beschränken und darauf verweisen, dass Vorsorge und Eigenverantwortung immer noch nicht ausreichend gesetzlich abgesichert sind. Uns fehlt immer noch das Präventionsgesetz, und dies nicht aufgrund sozialdemokratischer Versäumnisse, sondern aufgrund des Nichtwollens oder Nichtmitmachens des Regierungspartners in Berlin.

Wir müssen in diesem Zusammenhang unsere Hilfsangebote nach Bedarf orientieren und organisieren. Ich bin aufgrund meiner beruflichen Herkunft ein Freund der Stärkung von Selbstständigkeit und der Stärkung durch Prävention und durch Rehabilitation. Erst dann, wenn Hilfen tatsächlich notwendig sind, sollte man entsprechende Hilfsangebote unterbreiten und in einem Pflegemix, in einer Vernetzung in Form von sozialen Netzen und von sozialräumlichen Versorgungsstrukturen, zusammenstellen. Wir haben in diesem Plenum schon oft darüber geredet, ich möchte dies nun nicht näher ausweiten.

Die Frage von Selbstbestimmung und Teilhabe in Abhängigkeit von Hilfe oder Pflege geht sehr stark in die Richtung der Menschen mit Behinderungen. Gerade in diesem Bereich haben wir eine Entwicklung, die absehbar ist: Menschen mit Behinderungen, die heute in Werkstätten arbeiten und in Wohnheimen oder auch in Wohngemeinschaften leben, werden in einigen Jahren einen großen Teil der älteren Bevölkerungsschicht ausmachen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir damit umgehen. Zurzeit wird über die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und über die Anpassung der

Pflegeversicherung diskutiert. Dies sind Aufgaben, die wir lösen müssen.

Ungeklärt ist auch noch die Frage der demenziellen Erkrankungen: Nachdem in den vergangenen Jahren der medizinische Blickpunkt sehr stark im Mittelpunkt stand, setzt sich heute verstärkt die Frage sozialer Modelle bei der Versorgung demenzieller Erkrankungen durch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun auf die Frage der Partizipation, der Mitwirkung an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu sprechen. Diese Mitwirkung an der Gestaltung unserer Gesellschaft wurde heute schon dargestellt. Es wurde gesagt, dass die Kompetenzen genutzt werden. Ich möchte dies nun in Richtung einer Mitbestimmung in Richtung der Frage erweitern: Wie können wir sicherstellen, dass – ähnlich wie bei Menschen mit Behinderungen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ – die älteren Menschen bei der Gestaltung der Gesellschaft und der Angebote für ältere Menschen, an der Infrastruktur, die sie im Alter brauchen, mitbestimmen? – Zumindest in den Parlamenten sind wir diesbezüglich auf einem schwierigen Weg. Die Zusammensetzung der Landesparlamente zeigt, dass der größte Teil der Abgeordneten zwischen 45 und 65 Jahre alt ist, aber nur etwa 6 % der 65- bis 75-Jährigen, die mittlerweile immerhin einen Anteil von mehr als 12 % der gesamten Bevölkerung ausmachen – bei den über 75-Jährigen fast 9 % –, in den Parlamenten vertreten sind. Dies ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Nun kann man natürlich sagen, andere gehen mit 67 Jahren in den Ruhestand, wir Parlamentarier sollten das auch tun. Wenn wir uns einmal umschaue, überlegt der eine oder andere auch, ob er in diesem Alter aufhören soll oder vielleicht noch einmal kandidieren soll.

(Pörksen, SPD: Wie kommst Du denn darauf?)

Wir müssen wirklich darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, dass auch weiterhin ältere Menschen in den kommunalen und in den Landesparlamenten vertreten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch zu der Frage der älteren Menschen als Verbraucher etwas sagen. Die Gesundheitswirtschaft wurde bereits angesprochen. Weitere Stichpunkte sind „Silver Market“, „Seniorenwirtschaft“ oder „altersgerechte Produkte“. Aber der Masterplan in der Gesundheitswirtschaft, zuletzt die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, zeigt, dass Rheinland-Pfalz im Bereich der Gesundheitswirtschaft auf dem Weg ist, Partnerland eines – so wird es formuliert – vernetzten Systems zu werden. Dies ist eine spannende und sehr sinnvolle Geschichte. In diesem Sektor kommt die Politik für Senioren dem eigentlichen Ziel, das ich sehe, bereits ziemlich nahe. Im Vordergrund steht das gesellschaftliche Selbstverständnis, dass das Alter ohne Vorbehalte und Diskriminierung ganz einfach zum Leben gehört. Am Ende macht eine gute Politik, auch die Landespolitik für Senioren – dies ist eine Vision, die ich habe –, die gezielten Programme für die Zielgruppe der Senioren weitgehend entbehrl. Dann können wir auch in diesem Bereich über das Motto

„Inklusion statt Integration“ reden, über das wir auch diskutieren, wenn es um Menschen mit Behinderungen geht. Dies ist eine spannende Entwicklung. Es wird sicherlich nicht ganz einfach werden, aber letztendlich ist Normalität das Ziel.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Ich erteile nun Herrn Kollegen Dr. Schmitz das Wort.

(Ministerpräsident Beck: Noch viel zu jung für diese Rede!)

#### Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir wurde gerade zugeflüstert: „Noch viel zu jung für diese Rede!“. – Als ich 50 Jahre alt wurde, bin ich den Liberalen Senioren beigetreten, weil ich vieles von dem, was Herr Kollege Dröscher soeben ausgeführt hat, auch so unterschreiben würde. Ich bin sozusagen seit vier Jahren inkludiert, was den Altersprozess angeht, Herr Kollege Dröscher. Insofern ist diese Regierungserklärung nachgerade auf mich zugeschnitten. – Dies war nur ein Scherz am Rande.

(Heiterkeit im Hause –  
Baldauf, CDU: Das habe ich gar nicht so  
wahrgenommen! –  
Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht!)

Das gilt auch eher für Aspiranten für das Europaparlament, lieber Herr Kollege Creutzmann!

(Heiterkeit im Hause –  
Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungserklärung, sozusagen just in time dreieinhalb Wochen vor Kommunal- und Europawahl, beschreibt zutreffend sehr viele Politikfelder, der sich die Landesregierung in der Vergangenheit angenommen hat, an denen sie auch jetzt noch arbeitet und denen man auch als kritischer Oppositionspolitiker wenig entgegenzusetzen hat, weil sie von Grund auf nicht nur gut gemeint, sondern auch gut sind. Es gibt Dinge, die könnte man nicht besser machen: das Mitnehmen der Kommunen in der Betreuung demenziell Erkrankter, insbesondere der Frühformen, das Engagement im Ehrenamtbereich oder das ehrliche Engagement der Landesregierung im Pflegebereich. – Bei so vielen Dingen, die wir immer kritisch würdigen, muss man festhalten: Die Landesregierung nimmt das Thema ernst, und von daher ist diese Regierungserklärung als solche trotz dieser Wahlkampfmusik von uns nicht nur zu billigen, sondern auch zu begrüßen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ein wenig Wasser in den Wein gießen muss ich allerdings doch, wenn ich mir den gemeinsamen Antrag vom 28. Mai des vorigen Jahres zu Gemüte führe; denn dann ist das, was Frau Ministerin Dreyer soeben vorgetragen hat, nicht weniger, aber auch nicht mehr als die referententechnisch überarbeitete Version dieses seinerzeitigen fraktionsübergreifenden Antrags. Im Grunde steht alles das, was heute vorgetragen wurde, schon darin, und dies gilt in der Tat auch für den Entschließungsantrag der CDU.

Nun könnte ich mich fast schon wieder hinsetzen,

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

wenn es nicht noch Dinge zu bemerken gäbe, die wirklich über „alter Wein in neuen Schläuchen“ hinausgehen.

Das Thema ist zu wichtig, als dass man es hier vorne einfach zu sehr ins Lächerliche ziehen sollte. Es ist vielmehr ein Thema, das zukünftig mehr und mehr Bedeutung bekommen wird, weil sich die Altersstruktur in ganz Rheinland-Pfalz dramatisch verändern wird. Selbst wenn wir die mittlere Betrachtungsstruktur des Statistischen Landesamtes zugrunde legen, dann wissen wir, dass uns all das, was wir jetzt an kleinen Problemen zu lösen haben, bereits in zehn Jahren vor außergewöhnliche Herausforderungen stellen wird. Wenn sich nichts Grundlegendes ändert, wird es uns in 20 Jahren vor Herausforderungen stellen, die wir auf Basis unserer Aktivitäten jetzt nicht bewältigen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der entscheidende Punkt. Ich bin Herrn Kollegen Dröscher sehr dankbar, dass er in diese doch sehr von political correctness geprägte Regierungserklärung viel Sachverstand einbracht hat. Bei allem Lob der Regierungserklärung – das ist nicht anders möglich – hat er auch einige wenige, so habe ich es verstanden, zumindest viertelkritische Zwischentöne hineingetragen, indem er Fragen aufwirft, auf denen die Regierungserklärung nicht nur keine Antworten gibt, sondern die die Regierungserklärung überhaupt nicht als Thema wahrnimmt. Ich nenne beispielsweise das Thema „Einsamkeit“. Ja, wir befassen uns mit Demenz, aber das Thema „Einsamkeit“ habe ich heute vom Kollegen Dröscher hier zum ersten Mal gehört.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Ein anderes Beispiel, das in diesen Sinnzusammenhang passt, ist das Thema „Onlinefähigkeit“ und „Internetkompetenz“. Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung weist dazu aus, dass die Landesregierung die Breitbandangebote in ausreichender Menge vorhält oder vorhalten möchte. Abgesehen davon, dass das nicht zutrifft – Herr Kollege Mittrücker ist jetzt nicht da, um zu klatschen –, ist der Punkt hier doch ein ganz anderer. Was nutzen uns denn Breitbandkabel für Senioren ohne PC? Was würden uns Breitbandkabel und PCs bei Senioren ohne jede PC-Kompetenz nutzen?

Zum Stichwort „Einsamkeit“ ist zu sagen, das Medienverhalten vieler älterer Menschen ist doch von einem Dauerberieseln durch die Flimmerkiste spätestens ab 17:00 Uhr am Nachmittag geprägt. Da geht es um Fra-

gen der Medienkompetenz, die wir in der Jugend diskutieren und die wir bei der Diskussion im Alter doch nicht einfach ausklammern können. Bevor wir in Programme, Konzepte, Berichte und was weiß ich sonst noch einsteigen, müssen wir uns doch erst einmal auf eine angstfreie Analyse verständigen.

Wir müssen doch erst einmal die Themen definieren, über die wir im Ausschuss überhaupt sprechen wollen. In meiner zweiten Runde darf ich auf diese Bereiche, die ich in dieser Regierungserklärung schmerzlich vermisst habe – zumindest in einzelnen Details –, eingehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus dem Westerwald, und zwar aus der Ortsge-  
meinde Kausen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Anklam-Trapp.

(Abg. Frau Thelen, CDU, meldet sich zu Wort –  
Frau Anklam-Trapp, SPD: Frau Thelen!)

– Meine Assistenz ist sehr aufmerksam, hat mich zwar vorher falsch geführt, aber nunmehr hat das Wort Frau Thelen.

#### **Abg. Frau Thelen, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!  
Wir halten dann die Reihenfolge ordnungsgemäß ein.

Da ich weiß, dass ich nur noch dreieinhalb Minuten Redezeit zur Verfügung habe, muss ich meine Rede jetzt etwas holzschnittartig machen. Ich bitte schon vorweg um Verständnis, dass manche Formulierung vielleicht etwas schärfer ist.

Fakt ist – da bin ich Herrn Dröscher für die Feststellung dankbar –, natürlich gehen die Ziele bei der Seniorenpolitik bei uns in eine Richtung. Die Positionen haben sich seit dem gemeinsamen Antrag nicht wesentlich verändert. Das heißt, wir alle wollen natürlich, dass sich unsere Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz wohlfühlen können und dass sie ohne Sorgen in ihre Zukunft im Alter bzw. in einem hochbetagten Alter hineinsehen und hineingehen können. Das ist unser aller Ziel.

Wie kommen wir dahin? Sehr geehrte Damen und Herren, da gehen die Ansichten doch auseinander. Auch wir halten es für richtig, ein Landesseniorenkonzept zu haben – so haben wir es formuliert –, die Landesregierung sagt hierfür, einen „Landesaktionsplan“ zusammenzustellen, den wir schon im letzten Jahr gefordert haben.

Wir sind aber der Auffassung, dass diesem Aktionsplan zunächst eine völlig sachliche und an der Realität orientierte Analyse vorangehen muss. Wie ist denn die Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz? Bei vielem, was wir benennen, stützen wir uns auf Umfragen, auf Studien, auf Statistiken, die in der Regel die bundesweite Situation wiedergeben. Ich denke, wir sollten uns der Mühe unterziehen, ins Land zu schauen, wie denn die Situation der Seniorinnen und Senioren in unserem Land Rheinland-Pfalz ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dieser Regierungserklärung bin ich zunehmend davon überzeugt, dass dies wichtig ist, weil wir heute Mittag schon den Eindruck gewonnen haben, dass bei dieser Landesregierung manches sehr idealisiert wahrgenommen wird. Ich möchte es an zwei kurzen Beispielen deutlich machen:

Die Senioren haben einen sehr guten Zugang zu ihren Enkeln, zu jungen Menschen. – Das kann man so pauschal und so idealisiert nicht feststellen. Viele Senioren haben weder Kinder noch Enkel. Viele Senioren, die Kinder oder Enkel haben, haben überhaupt keinen Zugang mehr zu ihnen, weil sie bundesweit oder weltweit verstreut leben. Manche Senioren wollen auch keinen Kontakt zu ihren Enkeln, weil sie sich zunächst ihr Lebenskonzept völlig anders vorstellen.

Ich bitte, mir ein kurzes Zitat aus einer aktuellen Zeitschrift unserer Sparkassen zu erlauben, die sich auch mit dem Demografieproblem auseinandersetzen. Das Zitat beginnt: Vor allem das kulturelle Angebot lockt viele Menschen in den Osten der Republik. Mehrere Hundert Neubürger siedeln sich beispielsweise jedes Jahr in Weimar an. Neben Studenten sind es vor allen hochgebildete und finanziell gutgestellte Senioren aus dem Westen, die sich für die Kulturmropole entscheiden. Sie wandeln auf den Spuren Goethes und Schillers, engagieren sich in einem der über 200 Kulturvereine und genießen den freien Geist der Stadt. –

Das sei ihnen von Herzen gegönnt, aber die Betreuung der Enkel steht da nicht auf dem Programm, meine Damen und Herren.

Zum zweiten Thema „Idealisieren“. Sie benennen, dass all die Unternehmer, die natürlich auf die Arbeitskraft ihrer älter werdenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bauen, sich um entsprechenden Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bemühen. Dem ist nicht so. Bedenken Sie bitte die Demonstration unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Kindertagesstätten. Dort gibt es keine oder nur sehr wenige wirklich altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe. Ich denke, da bleibt auch noch in Rheinland-Pfalz sehr viel zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Auch idealisieren Sie auf eine Art und Weise – das Beispiel möchte ich nicht außen vor lassen – ein Stück Ihre eigenen Leistungen. Sehr geehrte Frau Dreyer, natürlich wollen wir alle einen guten ÖPNV, und die Busse sollen

fahren, damit unsere Senioren zum Arzt und zu den Einkäufen kommen.

(Baldauf, CDU: Wenn sie einen Sitzplatz haben!)

Aber zu der Frage, ob der Bus kommt, gehört auch die Frage, wie sicher denn der Bus ist, der kommt. Das ist auch ein Thema – Herr Dr. Schmitz, Sie haben zu Recht gesagt, da fehlen auch Themen –, nämlich das Thema „Sicherheit“, das gänzlich in dieser Regierungserklärung fehlt. Sehr geehrte Damen und Herren der SPD-Fraktion, Sie haben morgen die Chance, dem Änderungsantrag der FDP zum Landesverkehrsfinanzierungsgesetz zuzustimmen, der ausdrücklich auch die privaten Busunternehmer, die natürlich ganz viele Linien im ÖPNV mit ihren Bussen bestücken, in die Förderung mit aufnimmt.

Ich kenne einen Unternehmer aus unserer Region, der sich aus Verantwortungsbewusstsein diesem Liniendienst nicht mehr stellt, weil er sagt, zu diesen Preisen kann er seine Busse nicht mehr anständig warten und instand setzen. Das könne er seinen Fahrgästen nicht mehr zumuten. Also auch hier – das ist wichtig – muss noch einiges getan werden.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für die DSL-Versorgung. Sie schreiben so schön: „Man muss kommunizieren können, von wo auch immer“. Das DSL-Programm der Landesregierung, bei dem 800.000 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, stellt allein der Landkreis Mayen-Koblenz in den Schatten, indem er mit seiner Wirtschaftsförderungsgesellschaft 1,25 Millionen Euro zur Verfügung stellt.

Damit haben wir vielleicht wirklich die Chance, unsere Regionen anzubinden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zum guten Schluss ist unsere Bitte, lassen Sie uns die Fakten sauber betrachten. Wenn wir die Fakten über die Situation unserer Seniorinnen und Senioren im Land haben, können wir unter Einbindung der Kommunen, die vor Ort die Lebensbedingungen wesentlich mitbestimmen, ein gutes Seniorenkonzept entwickeln, das auf allen Ebenen dieses Landes getragen werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Das Wort hat Frau Anklam-Trapp.

#### **Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Thelen, vielen Dank für das Stichwort. Wir haben es ähnlich betrachtet wie Sie. Wir haben zu dem Thema „Familiensituation in Rheinland-Pfalz“ eine Große Anfrage eingebracht, um genau dieses Datenmaterial

zu erfragen, z. B. die Frage, wie viele Großeltern in der Lage sind, für ihre Enkel da zu sein. All diese Dinge sind in unserer Großen Anfrage in Bearbeitung.

Sehr geehrter Herr Dr. Schmitz, ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung zur Regierungserklärung von Malu Dreyer. Ich danke Ihnen auch ausdrücklich für die Ernsthaftigkeit, mit der wir mit diesen Themen umgehen.

Frau Dreyer hat gesagt, ein Menschheitstraum eines langen Lebens mit Chancen und natürlich auch mit Beschweren des Alters geht für Rheinland-Pfalz, Deutschland und wenige andere Länder dieser Erde in Erfüllung.

Die Anzahl älterer Menschen nimmt zu. Senioren bleiben immer vitaler. Jüngere Menschen werden immer später alt. Diese allseits bekannten und bereits spürbaren demografischen Veränderungen der Gesellschaft führen zu einem Wandel der Wohn- und Lebensformen der Menschen. Für Architekten, Stadtplaner, die Träger der sozialen und technischen Infrastruktur, unsere kommunalen Partnern und für uns als Landespolitiker stellt dies eine völlig neue Herausforderung dar. Das ist eine Herausforderung, die wir uns, wie es Frau Ministerin Dreyer in ihrer Regierungserklärung auf eindeutige Weise verdeutlicht hat, gern stellen.

Insbesondere für ältere Menschen steht das Wohnen im Mittelpunkt ihrer alltäglichen Lebenswelt; denn ältere Menschen verbringen im Vergleich zu jüngeren Generationen die weitaus größere Zeit in ihren Wohnungen oder im direkten Wohnumfeld, mit dem sie sich eng verbunden fühlen. Es ist der überwiegende Wunsch der Zahl der älteren Menschen, möglichst lange in ihren bekannten Umgebungen mit den über Jahren gewachsenen sozialen Kontakten leben zu dürfen. Das klassische Altersheim gehört mehr und mehr der Vergangenheit an. Die Nachfrage hat sich grundlegend verändert.

Nicht jeder Ältere will oder muss irgendwann in ein Alten- und Pflegeheim. Es gibt dazwischen viele alternative Wohnformen. Verstärkt gefragt sind heutzutage Formen des betreuten Wohnens; denn diese erlauben es ihren Bewohnern durchaus, noch selbstständig zu leben, was dem Wunsch vieler älterer Menschen entspricht. Diesen Wunsch nach Selbstständigkeit im Alter müssen und werden wir weiterhin verstärkt durch die Förderung altersgerecht ausgestatteter, barrierefreier Wohnungen und Serviceangebote unterstützen.

Der von Frau Ministerin Malu Dreyer am 6. Mai 2009 vorgestellte Gesetzentwurf zum Wohnformen- und Teilhabegesetz geht genau in diese Richtung. Die hier geforderten landesrechtlichen Regelungen sind dahin gehend ausgelegt, die sich wandelnden Erwartungen und Bedürfnisse von älteren Menschen und Menschen mit Pflegebedürftigkeit und Behinderungen mit aufzunehmen sowie die Position der Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtungen und deren Angehörigen zu stärken. Hiermit schafft die Landesregierung umfassende Grundlagen für ein selbstbestimmtes Wohnen und die Möglichkeit zur Teilhabe für alle Menschen mit Hilfebedarf.

Sehr geehrte Damen und Herren, vor diesem Hintergrund geht es generell um mehr Lebensqualität für alle Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutet einerseits selbstbestimmtes Wohnen im Alter, und andererseits geht es uns auch darum, junge Menschen und Familien in ein generationsübergreifendes Wohnen zu integrieren, eine Wohnform von jüngeren und älteren Menschen unter einem Dach möglich zu machen. Hierdurch besteht die Möglichkeit, dass sich die einzelnen Generationen gegenseitig unterstützen können. Die Jüngeren können – das Beispiel ist allgemein bekannt – beim Einkauf helfen, während die Älteren als Aushilfsopa oder -oma bei der Kinderbetreuung dienlich sind. Der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung sind keine Grenzen gesetzt.

Herr Dr. Schmitz, ich greife das Thema „Einsamkeit“ wieder auf. Wenn alle Menschen in Wohn- und Lebensformen integriert sind, sind sie nicht einsam und allein. Diese Themen gehen uns wirklich alle an.

Wenn wir das Zusammenleben der Generationen erfolgreich gestalten wollen, dann brauchen wir eine Infrastruktur, die dem Wandel Rechnung trägt. Dies bedeutet, dass wir z. B. im Rahmen der Landesregierung, des Innenministeriums mit dem Projekt der Dorfkernerneuerung mit seinen umfangreichen Förderprogrammen bei dem Wohnungsbau und der Entwicklung der Nachbarschaft die Dörfer auf der einen Seite kinderfreundlicher machen und auf der anderen Seite den Bedürfnissen der älter werdenden Gesellschaft anpassen. Davon profitiert jeder.

(Beifall der SPD)

Ebenso benötigen diese neue Wohnformen und gemeinschaftlichen Wohnprojekte besondere Unterstützung und Beratung, welche in Rheinland-Pfalz in vielfältiger Weise vorbildlich zur Verfügung gestellt wird. Frau Dreyer hat es angesprochen. So unterstützen seit mehreren Jahren Beratungsstellen, wie z. B. „LebensWohnraum in Mainz“ oder „Gemeinschaftliches Wohnen Pfalz“ in Landau, die Interessenten vor Ort. Auch das Projekt „Kompetenznetzwerk Wohnen – Neue Formen der mobilen Beratung“ informiert verstärkt über gemeinschaftliches Wohnen in Rheinland-Pfalz. Ich nenne nur einige Initiativen.

Sehr geehrte Damen und Herren, für ein menschenwürdiges, zufriedenes und selbstständiges Leben im Alter sind jedoch nicht nur Wohnungen an sich, sondern das gesamte Wohnumfeld von zentraler Bedeutung; denn Wohnen hat etwas mit Schutz, Geborgenheit, Ruhe und Gewohnheit zu tun. Es muss sich den sich im Alter ändernden Bedürfnissen anpassen.

Dies gilt auch insbesondere für barrierefreies Bauen und Wohnen. Barrierefreiheit erleichtert nicht nur älteren Menschen die Erledigung ihrer täglichen Besorgungen und Bedürfnisse, sondern hilft allen Menschen, z. B. jungen Menschen oder Menschen mit Behinderungen bei der Bewältigung ihres Alltags.

Beratung zur Wohnanpassung und zum barrierefreien Bauen und Wohnen werden seit vielen Jahren in Rheinland-Pfalz angeboten. So berät z. B. die Landesberatungsstelle „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ seit nunmehr über 13 Jahren in ganz Rheinland-Pfalz kostenfrei.

Seit dem Herbst 2006 haben sich die verschiedenen Beratungsstellen zum Beratungsnetzwerk „Barrierefreies Wohnen“ zusammengeschlossen. Damit kann die Öffentlichkeitsarbeit und die Qualifizierung weiter ausgebaut werden.

Mit diesem breit gefächerten, vom Land geförderten Beratungsangebot konnten schon viele ältere Menschen erreicht und ihnen geholfen werden, ihre Räume besser zu gestalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, zur Barrierefreiheit des Wohnraums hat die Landesregierung bereits umfassende Regelungen geschaffen. Eine weitere wichtige Voraussetzung hierfür, aber vor allem für Lebens- und Wohnqualität sowie für Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe sind vielfältige und in ihren unterschiedlichen Funktionen gemischte Wohnumfelder. Dazu zählen insbesondere private und öffentliche Dienstleistungsangebote wie wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Betreuung, Pflegedienste, aber auch Grünflächen und Erholungsmöglichkeiten sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen, welche ältere Menschen gut erreichen und nutzen können.

Herr Dr. Schmitz, das betrifft das Thema „Einsamkeit“. Umso wichtiger werden hierbei der flächendeckende Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, den die Landesregierung von Rheinland-Pfalz stetig vorantreibt, sowie eine altengerechte Anpassung und Modernisierung der betreffenden Verkehrsinfrastruktur.

Meine Damen und Herren, die Teilhabe im Alter bedeutet aber auch einen guten Zugang zum Internet und zu den neuen Medien. Diese Bereiche des alltäglichen Lebens umfassen Bereiche des Preisvergleichs, des schnellen und unkomplizierten Einkaufs über das Erledigen der Bankgeschäfte bis hin zur kostengünstigen Kommunikation mit denen, die vielleicht nicht vor Ort sind und die man in einer immer offener werdenden Gesellschaft erreichen will.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Auch hier hat die Landesregierung gekoppelt mit dem „K 2“, dem Bundesprogramm mit dem Lehrrohrprogramm, für Senioren einiges im Bereich Internet auf den Weg gebracht. Als gutes Beispiel für Weiterbildung im Alter vor Ort, begonnen von der Fachhochschule über private Initiativen vor Ort, bringe ich ein Beispiel aus meiner Heimatkommune, in dem Jung und Alt voneinander profitieren. Die Arbeiterwohlfahrt hat ein Computelabor an meiner Heimatgrundschule eingerichtet. Morgens benutzen die Kinder der Grundschule das Computelabor. An zwei Nachmittagen ist der Computerkurs der Arbeiterwohlfahrt voll belegt. Wartelisten sind vorhanden. Seniorinnen und Senioren erlernen dort den Umgang mit dem Internet, E-Mails, Bildbearbeitung, Texterstellung in einer geschützten Atmosphäre, in der man

auch zugeben kann, dass man das eine oder andere erlernen muss und nicht weiß.

(Pörksen, SPD: Da weiß ich ja, wo ich demnächst hingehen muss!)

Meine Damen und Herren, mit unserer an dem demographischen Wandel ausgerichteten Politik wollen und werden wir auch künftig dazu beitragen, dass in unserem Land alle Generationen ihre spezifischen Lebensstile verwirklichen und gut im Dialog miteinander leben können. Mit unseren von Frau Ministerin Malu Dreyer ausführlich dargestellten Initiativen und Projekten geben wir realistische Antworten und Lösungen auf die heutigen Bedürfnisse und tragen dafür Sorge, dass ältere Menschen auch bei gesundheitlichen Einschränkungen und Pflegebedürftigkeit möglichst lange selbstständig und selbstbestimmt in ihrer Wohnung leben können. Unsere Hauptaufgabe in den kommenden Jahren liegt hierbei in der Gestaltung von Wohnungen und Infrastruktur der jeweiligen Wohnumfelder, sodass sie den Bedürfnissen von Alt und Jung Rechnung tragen. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Chancen des demografischen Wandels nutzen und unseren Teil für ein gutes Leben im Alter dazu beitragen können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

#### Vizepräsident Bauckhage:

Ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder des Katholischen deutschen Frauenbundes (KdF) St. Pius aus Neustadt an der Weinstraße. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

#### Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte Ihnen versprochen bzw. angedroht, noch ein paar kritische Punkte anzusprechen. Ich will das mit der dem Thema entsprechenden Ruhe vortragen und das nicht im Sinne von Schulnoten verstanden wissen, sondern darauf aufmerksam machen, dass wir, wenn wir tatsächlich in diese Analyse einsteigen wollen, uns wirklich vorher darüber einig sein müssen, dass wir keine Diskussion führen „halb voll, halb leer, die Beschäftigungsquote ist besser als vorher, aber immer noch nicht gut genug“, sondern wir konstruktiv kritisch die Dinge betrachten, damit wir möglichst umfassend dann auch zu Lösungsansätzen kommen.

Meine Damen und Herren, der erste Punkt, der in dieser Regierungserklärung überhaupt keinen Niederschlag gefunden hat, war die Problematik der Integrationspolitik, die uns andererseits so wichtig ist, dass wir ihr eine Enquete-Kommission gewidmet haben. Kein Wort zu diesem Thema. Kein Wort dazu, dass jetzt schon Tausende, insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund,

in der Zielgruppe sind, um die es in der Regierungserklärung geht, die, von diesen Online-Fragen abgesehen, nicht einmal in der Lage sind, Deutsch zu sprechen. Unsere Freizeit- und Kultureinrichtungen gehen sicherlich an dieser Gruppe komplett vorbei. Kein Wort dazu in dieser Regierungserklärung. Das ist ein Manko. Das ist jetzt schon nicht in Ordnung, aber es wird noch schlimmer, weil der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Alter jetzt mit 9 % noch überproportional niedrig ist versus 23 % der deutschen Bevölkerung. Aber schon in ein paar Jahren wird er die Deutschen prozentual gesehen einholen, sodass wir uns jetzt schon Gedanken machen müssen, wie wir mit dieser speziellen Problematik umgehen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist die Frage der Demografiesicherheit von Politik. Hier geht es um die Frage der Vertrauenswürdigkeit unserer Versprechungen. Wir haben viel gehört in Bereichen, bei denen wir uns einig sind. Das will ich nicht wiederholen. Ich weiß, dass die Landesregierung Ehrenamtsförderung ernst nimmt. Aber wir wissen auch spätestens seit der Vorstellung des Entwurfs zum Heimgesetz, dass noch vieles im Argen liegt. Wie anders sollen wir es sonst verstehen, dass ehrenamtliche Helfer in freigemeinnützigen Einrichtungen ihre Aufwandsentschädigung im Rahmen der sogenannten Übungsleiterpauschale steuerlich komplett vereinnahmen können, alle diejenigen aber, die den Fehler machen, bei privaten Dienstleistern die gleiche ehrenamtliche Arbeit für den gleichen Obolus anzubieten, das voll versteuern müssen. Das geht doch nicht. Das sind Punkte, mit denen man sich befassen muss.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein dritter Punkt in diesem Zusammenhang ist diese leidige Diskussion auch in den Fachverbänden „Profis versus Amateure“, die Panik, die manchen im Gesicht steht, wenn man sagt, wir brauchen mehr ehrenamtliches, auch amateurhaftes Engagement, die das so interpretieren, als ob man damit ihre Professionalität in Frage stellt. Das ist doch überhaupt nicht der Fall. Es kann doch nur um einen Mix gehen, so wie es jetzt in vielen Ehrenamtsbereichen schon praktiziert wird.

Ein weiterer Punkt zum Thema „Demografiefestigkeit“: Herrn Kollegen Dröscher gebührt auch hier wieder das Lob, das Thema „Reform der Pflegeversicherung“ zumindest thematisiert zu haben. –

Meine Damen und Herren, wir wissen doch alle, dass unsere Pflegeversicherung nicht demografiefest organisiert ist. Sie ist bis zum Jahr 2014 berechnet, wenn sie bei den momentanen Turbulenzen überhaupt bis dahin hält. Wir wissen doch alle, dass die gesetzliche Krankenversicherung im umlagefinanzierten System von der Hand in den Mund lebt. Die ca. 400.000 rheinland-pfälzischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die privat versichert sind, haben eine Altersvorsorge in einer Größenordnung von etwa 6 Milliarden Euro. Ob das für ihre spezifischen Altersprobleme, in die sie kommen werden, genügen wird, ist die Frage. Aber für die übrigen 3,6, 3,7 oder 3,8 Millionen Euro ist nicht ein roter Cent im umlagefinanzierten System zurückgelegt. Da muss man

doch Antworten geben, wenn man das Vertrauen derer, die jetzt noch in die Systeme einzahlen, die sie jetzt noch tragen, und deren Solidarität erhalten will. Dazu muss man doch in der Lage sein, in einer Regierungserklärung Beiträge zu leisten.

Meine Damen und Herren, im gleichen Zusammenhang steht das Thema „Rentenerhöhung“. Ich weiche diesem Thema nicht aus, obwohl ich mir bewusst bin, wie brisant es ist. Selbstverständlich gönnen wir jedem Rentner, der viele, viele Jahre den Buckel für seine Rente krumm gemacht hat, jeden Cent, den man ihm zusätzlich zahlt. Wir müssen aber doch wissen, dass es jenseits von Wahlgeschenken – wie die einen sagen, während es die anderen bestreiten – etwas gibt, was sehr viel wichtiger für Rentner und für Rentenversicherungsbeitragszahler ist. Das ist ein Vertrauen in diese Sicherungssysteme, meine Damen und Herren.

(Beifall der der FDP –  
Zuruf des Abg. Pörksen, FDP)

– Herr Kollege Pörksen, ich darf Ihnen, weil es auf Sie auch zukommen wird,

(Pörksen, SPD: Sehr bald!)

kurz auszugsweise mit ihrer freundlichen Erlaubnis, Herr Präsident, vortragen, was die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dazu schreibt. Da ist einmal der erste Satz. Alles bezieht sich auf die Rentenreform. Das hören Sie nicht gern, aber Sie müssen es sich anhören. Es ist traurig, dass Sie dem keine Aufmerksamkeit schenken Herr Pörksen, es tut mir leid.

(Pörksen, SPD: „Wie bitte?“–  
Fuhr, SPD: „Höchste Aufmerksamkeit“)

– Dafür bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar.

„Alles, was in den vergangenen Jahren mühsam durchgesetzt wurde, um zu verhindern, dass die Rentenkasse unter einer Anspruchslawine begraben wird, soll wieder abgeschafft werden.“

Ein weiterer Auszug in diesem Zusammenhang: „Die klarsten Regelungen sind solche, die auch vom Gesetzgeber selbst respektiert werden.“

Ich weiß, das ist keine Landespolitik, aber es ist ein Thema „Vertrauen in die Zukunft“.

„Bei der Rentenbemessung sind aber Regierung und Bundestag längst zur Handsteuerung übergegangen. Von ihrer Koppelung an die Beitragsentwicklung wichen sie 2006 ab, um eine Minusrunde zu verhindern. Zwei Jahre darauf beschloss man die Abweichung nach oben, um ‚die ältere Generation am Aufschwung teilhaben zu lassen‘.“

Frau Ministerin, Sie haben sich auch dieser Formulierung bedient: „Jetzt muss dieser Schluck aus der Pulle wieder durch eine künstliche Sperre gegen die Ausgleichsmechanismen des Gesetzes abgesichert werden. Mit jedem Eingriff ins System schwindet ein Stück des Vertrauens in seine Verlässlichkeit.“ – „Vertrauen ent-

steht nur durch Kontinuität und Verlässlichkeit, also durch das genaue Gegenteil von Opportunismus.“

Meine Damen und Herren, auch diese Betrachtungen – ähnlich die Freude über die höheren Renten – gehören in eine solche Diskussion.

Ich hätte gerne etwas – damit komme ich wirklich zum Ende – über Aspekte der Altersdiskriminierung gehört. Was ist das für eine Diskussion, die das Schaffen von Altersgrenzen nicht zum Thema macht? Das ist eine Diskussion, die nicht zum Thema macht, dass Sie ab einem bestimmten Alter nur aufgrund der Altersgrenze keinen KfW-Kredit mehr bekommen. Ich habe kein Wort zu der in der Gesellschaft diskutierten spannenden Frage zu automatischen Observationssystemen in privaten Haushalten und auch im Pflegebereich gehört. Das sind spannende Fragen, die wir zu beantworten haben. Sie bewegen sich an der Grenze zwischen Datenschutz und pragmatischer Hilfe.

Meine Damen und Herren, es gibt viele, viele Dinge, auf die wir eingehen müssen, wenn wir tatsächlich das erreichen wollen, was auch von anderer Seite vorgetragen wurde, dass wir es nämlich schaffen müssen, dem Alter nicht nur seinen Wert zu geben, sondern auch für die Gesellschaft das Wissen und die Weisheit des Alters zu nutzen, um Sturm und Drang der Jugend auszubalancieren. Auch das gehört zur Intergenerationensolidarität.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich gerne an die erste Rede unseres Alterspräsidenten in dieser Legislaturperiode zum Thema „Chancengerechtigkeit“, die sehr viel zu diesem Thema beigetragen hat. All diese Dinge gehören in unsere Diskussion, bevor wir – wahlkampfgeschuldet oder nicht – zu Schnellschüssen oder zur Oberflächlichkeit neigen. Ohne dieses Konstruktive, aber auch Kritische in der Analyse werden wir das glaubwürdig und vertrauensvoll nicht schaffen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

#### **Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich sage das jetzt einmal ein bisschen flapsig: Herr Dr. Schmitz, ich bekenne mich schuldig. Ich habe tatsächlich nicht alle Themen, die zum Thema „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ genannt, angesprochen und diskutiert werden können, in meiner Regierungserklärung erfasst. Das ist auch gar nicht möglich. Ich meine, die grundsätzlichen wichtigen Themen habe ich angesprochen und ich bin auf sie eingegangen. Viele Themen habe ich nur gestreift. Gerade beim Thema „Pflege und Gesundheit“ habe ich aber deutlich gemacht – darauf komme ich jetzt noch einmal zu sprechen –, dass

wir dieses Thema sehr, sehr häufig im Parlament debattieren. Deshalb sind aufgrund der Zeit meine Ausführungen an dieser Stelle sehr kurz ausgefallen.

Dennoch meine ich, dass wir inhaltlich gar nicht so wahnsinnig viele Differenzen haben. Die Frage, was in eine Regierungserklärung kommt und was nicht, habe ich meiner Ansicht nach ganz gut beantwortet. Trotzdem ist klar, dass dann, wenn wir über Medien sprechen – ich habe mich für das Thema „Zugänglichkeit der Medien“ entschieden –, dazu natürlich auch das Thema „Medienkompetenz“ gehört. Das bedeutet aber nicht, dass ich das heute unbedingt erwähnen muss. Wir haben zahlreiche Initiativen im Land, die selbstverständlich auch das Thema „Medienkompetenz“ betreffen, also wie ich einen Computer bediene, wie ich im Internet surfe usw., für die wir vor Ort tatsächlich Angebote haben, die dort für Seniorinnen und Senioren realisiert werden. Das ist für mich selbstverständlich.

(Beifall der SPD)

Ich möchte auch noch etwas zu dem wichtigen Thema „Einsamkeit“ sagen. Auch wenn ich nicht ausdrücklich darüber ausführlich gesprochen habe, habe ich meiner Meinung nach aber doch sehr klar dargestellt, dass einerseits ältere Menschen heute eigenständig und selbstbestimmt, aber andererseits auch nicht allein leben möchten. Wir wissen alle, dass Einsamkeit sowohl erzwungenes Alleinsein darstellen kann als auch erzwungene Gemeinschaft. Beides kann Einsamkeit auslösen. Deshalb ist es mir wichtig, dass Sie erkennen – ich meine, dass ich das auch dargestellt habe –, dass unser ganzes Denken, unsere ganze Politik darauf ausgerichtet ist, den Menschen die Wahlfreiheit zu geben, in der Form zu leben, die sie möchten, damit sie sich nicht einsam fühlen müssen.

(Beifall der SPD)

Für manche ist das das Leben im eigenen Haus, für manche ist es die Alteinrichtung, und für viele ist es neuerdings auch das alternative Wohnen, das genau aus dem Grund gewählt wird, um nicht einsam zu sein.

Ich möchte auch noch etwas zum Thema „Ehrenamt“ sagen. Darüber können wir aber auch im Ausschuss diskutieren. Wir haben uns im Bundesrat angestrengt, dass die Übungsleiterpauschale auch in den Bereich Pflege und Gesundheit aufgenommen wird. Da sind wir leider gescheitert. Ich sehe das aber durchaus als einen Punkt an, an dem noch etwas zu tun ist.

Wichtig halte ich es aber im Zusammenhang mit Ihrem Redebeitrag, noch zu ergänzen, dass ich erstaunt bin, dass man in der heutigen Zeit das Umlagesystem infrage stellt.

(Beifall der SPD)

Ich kann das nicht nachvollziehen, wenn man die vergangenen Monate erlebt hat.

(Dr. Schmitz, FDP: Das habe ich doch nicht gesagt!)

– Das Umlagesystem ist von Ihnen auf jeden Fall im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung genannt worden. Wenn man sich die vergangenen Monate betrachtet und sieht, was vor zwei bis drei Jahren schon in England passiert ist, wo nämlich die Renten zusammengebrochen sind, weil sie Pensionsfonds am Kapitalmarkt angelegt haben, und wenn man heute in die USA schaut, in der dasselbe passiert, können wir sehr froh darüber sein, dass unsere sozialen Sicherungssysteme über das Umlagesystem abgesichert sind.

(Beifall der SPD)

Ich verspreche Ihnen schon heute, dass ich mich auch in der neuen Legislaturperiode auf der Bundesebene im Bundesrat dafür einsetzen werde, dass der Überschuss in der privaten Pflegeversicherung, die exakt die gleichen Leistungen erbringt wie die gesetzliche Pflegeversicherung, zugunsten aller Menschen in Deutschland genutzt wird, die pflegebedürftig sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP –  
Creutzmann, FDP: Enteignung!)

Für diesen Punkt werde ich mich einsetzen. Für die jetzige Vorgehensweise gibt es überhaupt keine Begründung. Wir hätten damit schon in den vergangenen Jahren locker eine umfassende Pflege finanzieren und die Pflegeversicherung sogar noch erweitern können. Das werde ich auf jeden Fall wieder in Angriff nehmen.

(Beifall der SPD –  
Dr. Schmitz, FDP: Viel Vergnügen, Frau Ministerin!)

Ich möchte auch gerne noch etwas zu Frau Thelen und dem Thema „Idealisierung“ sagen. Zum einen könnte ich mir eine schlimmere Kritik vorstellen. Zum anderen verwechseln Sie das aber vielleicht auch, weil ich keine Schwarzmalerei betrieben habe. Wenn ich von einer älteren Generation spreche, die sehr viel Erfahrung hat, die zum Beispiel einen Krieg erlebt hat und die ganz gut kommunizieren kann – auch mit jüngeren Leuten –, und ich die Enkel oder sonstige Menschengruppen nenne, heißt das für mich nicht, dass jeder alte Mensch ein gutes Verhältnis zu seinem Enkel hat. In vielen Foren beobachte ich aber, dass die junge Generation der übernächsten Generation eigentlich viel besser zuhören kann als manchmal den Eltern. Ich will ausdrücken, dass wir diese Erfahrung nutzen sollen.

Die älteren Menschen sind heute bereit und aktiv dabei, ihr Wissen, ihre Kompetenzen und ihre Erfahrung sowie ihre Emotionen weiterzugeben. Das wird auch von der jungen Generation angenommen. Das heißt nicht, dass jeder alte Mensch ein gutes Verhältnis zu all seinen Enkeln hat. Das bedeutet noch nicht einmal, dass jeder einen Enkel hat. Das heißt auch nicht, dass jeder Enkel Interesse daran hat, den Alten zuzuhören. Trotzdem stelle ich fest, dass die jüngere ältere Generation heute sehr gut und viel von der jungen Generation gehört wird. Das ist ein Schatz, den wir heben müssen. Davon habe ich in meiner Regierungserklärung gesprochen.

Das gilt genauso für das Thema „Zukunftsfähige Arbeit“. Darüber bin ich erstaunt. Ich habe dargestellt, dass wir das Zentrum für zukunftsfähige Arbeit entwickelt haben.

Dies natürlich deshalb, weil wir da Handlungsbedarf sehen. Wenn ich einige Beispiele nenne, nenne ich sie deshalb, um zu zeigen, dass es Unternehmen gibt, die das schon richtig gut machen. Dennoch haben wir da aber einen riesigen Handlungsbedarf. Nichts anderes habe ich in meiner Regierungserklärung gesagt. Das ist meine Einstellung, von der ich ausgehe.

Ich würde gern noch zwei, drei Sätze zum CDU-Antrag sagen, weil er sehr viele Muss-Formulierungen enthält. Aus meiner Sicht wird auch vollkommen ignoriert, was schon alles läuft. So müssen nach dem Antrag Voraussetzungen für ein selbstständiges Leben geschaffen werden. Es muss eine bessere Integration in das gesellschaftliche und öffentliche Leben erfolgen usw. All diese Forderungen sind nicht neu, sondern sie sind bekannt. Ich meine aber nicht, dass es richtig ist, so zu tun, als würden wir erst morgen damit anfangen. Seit vielen Jahren arbeite ich als Sozialministerin gemeinsam mit dem Kabinett, mit der Landesregierung an diesem Punkt.

(Beifall der SPD)

Ich sage auch sehr selbstbewusst: Wir sind in vielen Bereichen bundesweit Vorreiter. Ich werde sehr oft von der Bundesebene eingeladen. Es wird immer wieder – auch von vielen Fachleuten – anerkannt, dass wir in manchen Dingen viel weiter sind, als das andere Bundesländer sind. Das hat etwas mit Kontinuität in der Sozialpolitik und etwas mit der Einstellung zur Sozialpolitik zu tun.

(Beifall der SPD)

Noch zwei Punkte: Ich freue mich, dass das Thema „Landesaktionsplan“ auch von Ihnen durch das Seniorenkonzept unterstützt wird. Ich meine, da gibt es keine großen Unterschiede. Aus unserer Sicht besteht auch wirklich ein Bedarf, einmal all das zusammenzufassen, was im Land läuft. Das ist sehr viel. Das können wir auch gegenseitig nutzen.

Da Herr Rüdell kürzlich eine Pressemeldung veröffentlicht hat, möchte ich noch etwas zum Wohnformen- und Teilhabegesetz richtig stellen.

Ich habe leider das Protokoll der letzten Plenarsitzung nicht dabei. Ich meine, mich sehr genau daran zu erinnern, dass ich gesagt habe, dass die Landesregierung versucht, vor der Sommerpause das neue Gesetz einzubringen und wir dann hoffentlich – das war eine Bitte – die Gesetze gemeinsam beraten. Genauso tue ich das zurzeit. Das Landesgesetz wird eingebracht. Wir befinden uns in der letzten Phase. Wir freuen uns darüber, wenn wir es gemeinsam mit Ihrem Heimgesetzentwurf beraten können.

Last, but not least: Ich finde es trotzdem – das möchte ich auch noch einmal betonen – sehr wichtig, dass man eine positive und grundsätzlich gemeinsame Debatte über das Thema führt.

Ich danke Ihnen für die konstruktive Debatte und kann Ihnen sagen, dass ich als Sozialministerin das Thema

„Senioren, Alter, aber auch intergeneratives Miteinander“ sehr ernst nehme und weiterhin diese Schritte sehr intensiv gehen werde.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsident Bauckhage:**

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Mitglieder des Katholischen deutschen Frauenbundes St. Pius aus Neustadt an der Weinstraße. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir hatten im Ältestenrat vereinbart, wegen des Parlamentarischen Abends des Südwestrundfunks um 17:30 Uhr die Landtagssitzung zu beenden. Jede Fraktion hat noch 8 Minuten Redezeit. Werden diese noch beansprucht? – Das ist nicht der Fall.

Es wird vorgeschlagen, den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3403 – an den Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. – Ich sehe Zustimmung. Vielen Dank.

Die Sitzung ist damit beendet.

Ich lade Sie zur morgigen Plenarsitzung um 09:30 Uhr herzlich ein.

E n d e d e r S i t z u n g : 17:11 Uhr.